
2001**Ausgegeben zu Bonn am 19. Juli 2001****Nr. 23**

Tag	Inhalt	Seite
13. 7. 2001	Gesetz zu dem Vertrag vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung <small>GESTA: XC007</small>	726
13. 7. 2001	Gesetz zu dem Vertrag vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung <small>GESTA: XC006</small>	733
29. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen	751
13. 6. 2001	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten der deutsch-italienischen Vereinbarung über die Erstattung von Aufwendungen für Leistungen der Arbeitslosenversicherung und über das Außerkrafttreten der Verordnung vom 2. Dezember 1993	754
15. 6. 2001	Bekanntmachung des deutsch-mazedonischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	754
19. 6. 2001	Bekanntmachung des deutsch-polnischen Abkommens über die Durchführung von gemeinsamen Umweltschutzpilotprojekten in der Republik Polen mit dem Ziel der Reduzierung von grenzüberschreitenden Umweltbelastungen	756
22. 6. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Revision 2 des Übereinkommens über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden	758
22. 6. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen sowie des Zusatzprotokolls hierzu	759
22. 6. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung	768

Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts Teil II ist für die Abonnenten die Zeitliche Übersicht über die Veröffentlichungen im ersten Halbjahr 2001 beigelegt.

Gesetz
zu dem Vertrag vom 2. Februar 2000
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik
über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens
vom 13. Dezember 1957
und die Erleichterung seiner Anwendung

Vom 13. Juli 2001

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Prag am 2. Februar 2000 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Grundrecht der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe des Artikels 11 Abs. 2 Nr. 2 des Vertrages eingeschränkt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des Artikels 2 am Tag nach seiner Verkündung in Kraft. Artikel 2 tritt zusammen mit dem Vertrag in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 21 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 13. Juli 2001

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz
Däubler-Gmelin

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik
über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens
vom 13. Dezember 1957
und die Erleichterung seiner Anwendung

Smlouva
mezi Českou republikou a Spolkovou republikou Německo
o dodatcích k Evropské úmluvě o vydávání
ze 13. prosince 1957
a usnadnění jejího používání

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Tschechische Republik –

Česká republika
a
Spolková republika Německo

in dem Wunsch, das Europäische Auslieferungsübereinkommen in der Fassung des Zweiten Zusatzprotokolls vom 17. März 1978 – im Folgenden als Übereinkommen bezeichnet – im Verhältnis zwischen den beiden Staaten zu ergänzen und die Anwendung der darin enthaltenen Grundsätze zu erleichtern –

vedeny přáním doplnit Evropskou úmluvu o vydávání ve znění Druhého dodatkového protokolu ze dne 17. března 1978 – dále jen Úmluva – ve vztahu mezi oběma státy a usnadnit používání zásad v ní obsažených,

sind wie folgt übereingekommen:

dohodly toto:

Artikel 1

(zu Artikel 2 des Übereinkommens)

Die Auslieferung wird auch bewilligt, wenn das Maß der noch zu vollstreckenden Freiheitsstrafe, Ersatzfreiheitsstrafe, Maßregel der Besserung und Sicherung oder bei mehreren noch zu vollstreckenden Freiheitsstrafen, Ersatzfreiheitsstrafen und Maßregeln der Besserung und Sicherung deren Summe mindestens drei Monate beträgt.

Článek 1

(K článku 2 Úmluvy)

Vydání bude povoleno i tehdy, jestliže výměra trestu odnětí svobody, náhradního trestu odnětí svobody, ochranného opatření, jež mají být ještě vykonány, nebo u více trestů odnětí svobody, náhradních trestů odnětí svobody a ochranných opatření, určených k výkonu, v jejich úhrnu představuje nejméně tři měsíce.

Artikel 2

(zu Artikel 7 und 8 des Übereinkommens)

Der ersuchte Vertragsstaat wird die Auslieferung einer Person wegen einer strafbaren Handlung, die nach seinen Rechtsvorschriften seiner Gerichtsbarkeit unterliegt, bewilligen, wenn der Durchführung des Strafverfahrens im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates im Interesse der Wahrheitsfindung, aus Gründen der Strafzumessung oder des Strafvollzuges oder im Interesse der Resozialisierung der Vorzug zu geben ist.

Článek 2

(K článku 7 a 8 Úmluvy)

Dožádaný smluvní stát povolí vydání osoby pro trestné jednání, jež podle jeho právních předpisů podléhá jeho soudní pravomoci, jestliže je třeba dát přednost provedení trestního řízení na výsostném území dožadujícího smluvního státu v zájmu nalezení pravdy, z důvodů výměry trestu nebo výkonu trestu nebo v zájmu resocializace.

Artikel 3

(zu Artikel 9 des Übereinkommens)

Die Auslieferung wird nicht abgelehnt, wenn im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates nur wegen Mangels der eigenen Gerichtsbarkeit kein Strafverfahren eingeleitet worden ist oder ein bereits eingeleitetes Strafverfahren aus diesem Grund nicht zu einer Verurteilung geführt hat.

Článek 3

(K článku 9 Úmluvy)

Vydání nebude odmítnuto, jestliže na výsostném území dožádaného smluvního státu nebylo zahájeno trestní řízení jen pro nedostatek vlastní soudní pravomoci nebo již zahájené trestní řízení z tohoto důvodu nevedlo k odsouzení.

Artikel 4

(zu Artikel 10 des Übereinkommens)

Sofern für die Tat nicht auch die Gerichtsbarkeit des ersuchten Vertragsstaates begründet ist, ist für die Beurteilung der Verjährung ausschließlich das Recht des ersuchenden Vertragsstaates maßgebend; das Recht des ersuchten Vertragsstaates bleibt in diesem Fall außer Betracht.

Článek 4

(K článku 10 Úmluvy)

Pokud pro čin není dána ani soudní pravomoc dožádaného smluvního státu, je pro posouzení promlčení rozhodné výhradně právo dožadujícího smluvního státu; k právu dožádaného smluvního státu se v tomto případě nepřihlídně.

Artikel 5

Die Verpflichtung zur Auslieferung wird durch das Fehlen eines Strafantrags oder einer sonstigen Erklärung, die nur nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates zur Einleitung oder Fortsetzung eines Strafverfahrens erforderlich wären, nicht berührt.

Artikel 6

(zu Artikel 12 des Übereinkommens)

(1) In Angelegenheiten der Auslieferung findet der Schriftverkehr unbeschadet der Zulässigkeit des diplomatischen Weges zwischen dem Bundesministerium der Justiz oder den Justizministerien der Länder (Landesjustizverwaltungen) der Bundesrepublik Deutschland einerseits und dem Justizministerium der Tschechischen Republik andererseits statt, soweit das Übereinkommen und dieser Vertrag nichts anderes bestimmen.

(2) Ergänzende Unterlagen gemäß Artikel 13 des Übereinkommens können unmittelbar von den zuständigen Justizbehörden angefordert und zwischen diesen übermittelt werden.

(3) In den Fällen des Strafaufschubes, der Strafunterbrechung und der bedingten Aussetzung der Vollstreckung oder der Vollstreckung des Rests einer Strafe oder Maßregel der Besserung und Sicherung sind auch die zur Feststellung der Vollstreckbarkeit der Strafe oder Maßregel dienenden Urkunden beizufügen.

Artikel 7

(zu Artikel 14 des Übereinkommens)

(1) Die bedingte Freilassung einer ausgelieferten Person ohne eine ihre Bewegungsfreiheit einschränkende Anordnung steht der endgültigen Freilassung gleich.

(2) Wird nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens um Zustimmung zur Verfolgung ersucht, so ist vorbehaltlich Absatz 3 die Beifügung der in Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens erwähnten Unterlagen nicht erforderlich.

(3) Nach der Stellung eines Ersuchens um Zustimmung, dem die in Artikel 12 Absatz 2 Buchstaben a bis c des Übereinkommens erwähnten Unterlagen beigelegt sind, kann die ausgelieferte Person ungeachtet der Einschränkung des Artikels 14 des Übereinkommens bis zum Eingang der Entscheidung über dieses Ersuchen im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates in Haft gehalten werden.

(4) Der ersuchte Vertragsstaat verzichtet auf die Einhaltung der in Artikel 14 des Übereinkommens festgelegten Beschränkungen, wenn sich der Verfolgte während des Auslieferungsverfahrens zu richterlichem oder staatsanwaltschaftlichem Protokoll nach Belehrung über deren Rechtswirkungen mit der uneingeschränkten Strafverfolgung oder Strafvollstreckung einverstanden erklärt. Das Einverständnis kann nicht widerrufen werden.

(5) Nach der Auslieferung kann das Einverständnis nach Absatz 4 nur zu richterlichem Protokoll erklärt werden. Eine Ausfertigung des Protokolls ist dem ersuchten Vertragsstaat zu übermitteln; der Stellung eines Ersuchens nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens bedarf es in diesem Fall nicht.

Artikel 8

(zu Artikel 15 des Übereinkommens)

(1) Der Auslieferung an eine andere Vertragspartei oder an einen dritten Staat im Sinne des Artikels 15 des Übereinkommens steht eine Abschiebung in einen anderen Staat gleich.

(2) Einem Ersuchen um Zustimmung zur Weiterlieferung an eine andere Vertragspartei des Übereinkommens oder an einen dritten Staat sind die im Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens erwähnten Unterlagen beizufügen, die dem um Zustimmung ersuchenden Vertragsstaat übermittelt worden sind. Die Zustimmung wird erteilt, wenn wegen der dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegenden strafbaren Handlung die Auslieferung

Článek 5

Povinnost vydat není dotčena tím, že chybí návrh na zahájení trestního řízení nebo jiné prohlášení, jehož by bylo k zahájení nebo pokračování trestního řízení zapotřebí jen podle práva dožádaného smluvního státu.

Článek 6

(K článku 12 Úmluvy)

(1) Aniž by tím byla dotčena přípustnost diplomatické cesty, uskutečňuje se v záležitostech vydávání písemný styk mezi Ministerstvem spravedlnosti České republiky na straně jedné a Spolkovým ministerstvem spravedlnosti nebo Zemskými ministerstvy spravedlnosti (Zemskými justičními správami) Spolkové republiky Německo na straně druhé, pokud Úmluva a tato smlouva nestanoví jinak.

(2) Doplnující podklady podle článku 13 Úmluvy mohou být vyžadovány a vzájemně předávány přímo mezi příslušnými justičními orgány.

(3) V případech odkladu výkonu trestu, přerušení výkonu trestu a podmíněného propuštění z výkonu trestu nebo zbytku trestu či ochranných opatření je třeba připojit i listiny, sloužící ke zjištění vykonatelnosti trestu nebo opatření.

Článek 7

(K článku 14 Úmluvy)

(1) Podmíněné propuštění vydané osoby bez nařízení, omezující její svobodu pohybu, je postaveno na roveň konečnému propuštění.

(2) Pokud se podle článku 14 odstavec 1 písmeno a) Úmluvy žádá o souhlas se stíháním, pak s výhradou odstavce 3 není třeba připojovat podklady, uvedené v článku 12 odstavec 2 písmeno a) Úmluvy.

(3) Po podání dožádání o souhlas, k němuž jsou připojeny podklady uvedené v článku 12 odstavec 2 písmeno a) až c) Úmluvy, může být vydávaná osoba bez ohledu na omezení článku 14 Úmluvy držena na výsostném území dožadujícího smluvního státu ve vazbě až do obdržení rozhodnutí o tomto dožádání.

(4) Dožádaný smluvní stát se zřekne dodržení omezení, stanovených v článku 14 Úmluvy, jestliže stíhaná osoba během vydávacího řízení do protokolu sepsaného soudcem nebo státním zástupcem po poučení o právních účincích takového prohlášení vyjádří svůj souhlas s neomezeným trestním stíháním nebo s výkonem trestu. Souhlas nelze odvolat.

(5) Po vydání lze prohlášení o souhlasu podle odstavce 4 učinit pouze do protokolu sepsaného soudcem. Jedno vyhotovení protokolu je třeba předat dožádanému smluvnímu státu; v tomto případě není třeba podávat dožádání podle článku 14 odstavec 1 písmeno a) Úmluvy.

Článek 8

(K článku 15 Úmluvy)

(1) Vydání některé jiné smluvní straně nebo třetímu státu ve smyslu článku 15 Úmluvy je postaveno na roveň odsunutí do jiného státu.

(2) K žádosti o souhlas s dalším vydáním některé jiné smluvní straně je třeba připojit podklady, uvedené v článku 12 odstavec 2 Úmluvy, které byly předány smluvnímu státu, žádajícímu o souhlas. Souhlas se uděluje tehdy, jestliže by pro trestný čin, pro který bylo žádáno o vydání, bylo přípustné vydání smluvním státem, požádaným o souhlas, jiné smluvní straně Úmluvy nebo třetímu státu.

rung durch den um Zustimmung ersuchten Vertragsstaat an die andere Vertragspartei des Übereinkommens oder an den dritten Staat zulässig wäre.

Artikel 9

(zu Artikel 16 des Übereinkommens)

(1) Ersuchen um vorläufige Verhaftung können von den Gerichten, den Staatsanwaltschaften und den in Artikel 6 Absatz 1 dieses Vertrags genannten Behörden den zuständigen Justizbehörden des anderen Vertragsstaates übersendet werden. Die nach Artikel 16 Absatz 2 zweiter Halbsatz des Übereinkommens erforderliche Angabe der strafbaren Handlung hat eine kurze Sachverhaltsdarstellung zu umfassen.

(2) Erlangen die zuständigen Behörden eines Vertragsstaates davon Kenntnis, dass sich auf dem Gebiet dieses Vertragsstaates eine Person befindet, deren Auslieferung von dem anderen Vertragsstaat begehrt werden kann, so werden sie diesen unverzüglich auf dem in Artikel 16 Absatz 3 des Übereinkommens vorgesehenen Geschäftsweg befragen, ob er die Auslieferung dieser Person begehrt. Wird die Person in vorläufige Auslieferungshaft genommen, so ist der andere Vertragsstaat hiervon unverzüglich unter Angabe des Zeitpunktes der Verhaftung und des Ortes der Haft zu verständigen.

(3) Die Fristen nach Artikel 16 Absatz 4 des Übereinkommens werden gewahrt, wenn das Auslieferungersuchen und die beizufügenden Unterlagen nebst beglaubigter Übersetzungen vor deren Ablauf bei einer der in Artikel 6 Absatz 1 dieses Vertrages bezeichneten Stellen des ersuchten Vertragsstaates eingegangen sind. Verlangt das Recht des ersuchten Vertragsstaates eine gerichtliche Entscheidung über die Fortdauer der Auslieferungshaft, so ergeht diese Entscheidung unverzüglich nach Eingang des Auslieferungersuchens und der Auslieferungsunterlagen bei einer dieser Stellen.

Artikel 10

(zu Artikel 17 des Übereinkommens)

Zugleich mit der Entscheidung nach Artikel 17 des Übereinkommens wird der ersuchte Vertragsstaat auch über die Zulässigkeit der Weiterlieferung entscheiden; er wird diese Entscheidung allen beteiligten Staaten bekannt geben.

Artikel 11

(zu Artikel 19 des Übereinkommens)

(1) Artikel 19 Absatz 1 des Übereinkommens wird auch bei der Vollstreckung einer Maßregel der Besserung und Sicherung angewendet.

(2) Gemäß Artikel 19 Absatz 2 des Übereinkommens wird eine Person dem ersuchenden Vertragsstaat übergeben, sofern ihre Anwesenheit im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates nicht zur Durchführung bestimmter Prozesshandlungen in einem dort anhängigen Strafverfahren erforderlich ist. Im Übrigen gelten folgende Bestimmungen:

1. In dem Ersuchen werden die Prozesshandlungen, zu deren Durchführung die Person übergeben werden soll, ihrer Art nach bezeichnet.
2. Für die Dauer ihres Aufenthalts im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates wird die übergebene Person in Haft gehalten.
3. Nach Durchführung der Prozesshandlungen im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates oder auf Verlangen des ersuchten Vertragsstaates wird die Person ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit rücküberstellt.
4. Die Zeit der im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates erlittenen Haft wird der Person im ersuchten Vertragsstaat auf die Strafe angerechnet, es sei denn, dass im Einzelfall aus besonderen Gründen etwas anderes vereinbart wird.

Článek 9

(K článku 16 Úmluvy)

(1) Žádosti o předběžné vzetí do vazby mohou být soudy, státními zastupitelstvími a orgány, uvedenými v článku 6 odstavec 1 této smlouvy, zasílány příslušným justičním orgánům druhého smluvního státu. Uvedení trestného činu, nezbytné podle článku 16 odstavec 2. druhá polovina 2. věty Úmluvy, má obsahovat stručný popis skutkového stavu.

(2) Jestliže příslušné orgány jednoho smluvního státu získají znalosti o tom, že se na území tohoto státu nachází osoba, o jejíž vydání může usilovat druhý smluvní stát, pak způsobem, stanoveným v článku 16 odstavec 3 Úmluvy, se bezodkladně tohoto státu dotáže, zda žádá vydání této osoby. Pokud je tato osoba vzata do předběžné vydávací vazby, pak je třeba o tom druhý smluvní stát bezodkladně vyrozumět s udáním času zadržení a místa vazby.

(3) Lhůty podle článku 16 odstavec 4 Úmluvy jsou dodrženy, jestliže žádost o vydání a podklady, jež mají být přiloženy, byly spolu s ověřeným překladem doručeny před uplynutím těchto lhůt některému z míst dožádaného smluvního státu, uvedenému v článku 6 odstavec 1 této smlouvy. Je-li podle práva dožádaného smluvního státu zapotřebí soudního rozhodnutí o pokračování vydávací vazby, pak bude toto rozhodnutí vyneseno bezodkladně poté, co jedno z těchto míst obdrží žádost o vydání a podklady k němu.

Článek 10

(K článku 17 Úmluvy)

Současně s rozhodnutím podle článku 17 Úmluvy rozhodne dožádaný smluvní stát také o přípustnosti dalšího vydání; toto rozhodnutí oznámí všem zúčastněným státům.

Článek 11

(K článku 19 Úmluvy)

(1) Článek 19 odstavec 1 Úmluvy se použije také při výkonu ochranných opatření.

(2) V souladu s článkem 19 odstavec 2 Úmluvy bude osoba předána dožadujícímu smluvnímu státu, pokud není její přítomnost na výsostném území dožádaného smluvního státu nezbytná k provedení určitých procesních úkonů ve zde probíhajícím trestním řízení. V ostatním platí následující ustanovení:

1. V žádosti budou procesní úkony, k jejichž provedení má být osoba předána, označeny podle svého druhu.
2. Po dobu svého pobytu na výsostném území dožadujícího smluvního státu bude předaná osoba držena ve vazbě.
3. Po provedení procesních úkonů na výsostném území dožadujícího smluvního státu nebo na požádání dožádaného smluvního státu bude osoba bez ohledu na svou státní příslušnost předána zpět.
4. Doba strávená ve vazbě na výsostném území dožadujícího smluvního státu bude osobě započtena do trestu na výsostném území dožádaného smluvního státu, ledaže by v konkrétním případě bylo ze zvláštních důvodů dohodnuto něco jiného.

5. Die durch eine vorläufige Übergabe im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates entstandenen Kosten werden nicht erstattet.

Artikel 12

(zu Artikel 20 des Übereinkommens)

(1) Wird die Auslieferung einer Person bewilligt, so können auch ohne besonderes Ersuchen die Gegenstände, die in Artikel 20 des Übereinkommens bezeichnet sind oder als Entgelt für solche Gegenstände erlangt worden sind, wenn möglich zugleich mit der auszuliefernden Person übergeben werden. Satz 1 gilt auch dann, wenn die bewilligte Auslieferung aus tatsächlichen Gründen nicht vollzogen werden kann.

(2) Der ersuchte Vertragsstaat gibt dem ersuchenden Vertragsstaat bekannt, welche der in Artikel 20 des Übereinkommens bezeichneten Gegenstände sichergestellt worden sind und ob die auszuliefernde Person mit der unmittelbaren Rückgabe an den Geschädigten einverstanden ist. Der ersuchende Vertragsstaat teilt dem ersuchten Vertragsstaat so bald wie möglich mit, ob er auf die Übergabe der Gegenstände unter der Bedingung verzichtet, dass sie gegen Vorlage einer Bescheinigung seiner zuständigen Justizbehörde dem Eigentümer oder sonst Berechtigten oder einem von diesen Beauftragten ausgehändigt werden.

(3) Ein Zolpfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechts wird der ersuchte Vertragsstaat bei der Übergabe von Gegenständen unter Verzicht auf deren Rückgabe nicht geltend machen, es sei denn, dass der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

Artikel 13

(zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Für die Dauer der Durchlieferung hat der darum ersuchte Vertragsstaat die ihm übergebene Person in Haft zu halten.

(2) Während der Durchlieferung wird jeder Vertragsstaat gegen eine von dem anderen Vertragsstaat an einen dritten Staat auszuliefernde Person wegen Handlungen, die vor der Durchlieferung begangen wurden, ohne die Zustimmung des ausliefernden Vertragsstaates weder Strafverfolgungsmaßnahmen noch die Vollstreckung eines Urteils anordnen.

(3) Soll eine Person, die von einem dritten Staat an einen Vertragsstaat ausgeliefert wird, auf dem Luftweg durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne Zwischenlandung in das Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaates befördert werden, so ist eine Befassung des Vertragsstaates, dessen Hoheitsgebiet überflogen werden soll, nicht erforderlich, wenn die Person dessen Staatsangehörigkeit nicht besitzt und die strafbare Handlung, derentwegen ausgeliefert wird, keine politische oder rein militärische strafbare Handlung im Sinne der Artikel 3 und 4 des Übereinkommens ist.

(4) In Angelegenheiten der Durchlieferung und der Beförderung auf dem Luftweg findet der Schriftverkehr zwischen dem Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und dem Justizministerium der Tschechischen Republik statt.

Artikel 14

(zu Artikel 23 des Übereinkommens)

Ersuchen um Auslieferung und Durchlieferung sowie den erforderlichen Unterlagen sind beglaubigte Übersetzungen in die Sprache des ersuchten Vertragsstaates beizufügen.

Artikel 15

(Schutz personenbezogener Daten)
Definition

Personenbezogene Daten, im Folgenden Daten genannt, sind Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbarer natürlichen Person.

5. Náklady, vzniklé předběžným předáním na výsoštném území dožádaného smluvního státu, se neuhrazují.

Článek 12

(K článku 20 Úmluvy)

(1) Je-li povoleno vydání osoby, pak mohou být bez zvláštního dožádání předány i předměty, označené v článku 20 Úmluvy nebo získané jako náhrada za takové předměty, pokud možno současně s předávanou osobou. Věta 1 platí i tehdy, jestliže povolené vydání nemůže být z faktických důvodů vykonáno.

(2) Dožádaný smluvní stát oznámí dožadujícímu smluvnímu státu, které z předmětů, označených v článku 20 Úmluvy, byly zajištěny a zda osoba, jež má být vydána, souhlasí s přímým vrácením předmětů poškozenému. Dožadující smluvní stát sdělí dožádanému smluvnímu státu co nejdříve, zda se zříká předání předmětů za podmínky, že budou proti předložení potvrzení jeho příslušného justičního orgánu vydány vlastníku nebo jině oprávněné osobě.

(3) Dožádaný smluvní stát nebude při předání předmětů a současném zřeknutí se jejich vrácení uplatňovat celní zástavní právo nebo jiná věcná ručení podle celního a daňového práva, ledaže by vlastník předmětů, poškozený trestným jednáním, poplatky dlužil sám.

Článek 13

(K článku 21 Úmluvy)

(1) Po dobu průvozu musí smluvní stát, který o to byl požádán, držet osobu, jež mu byla předána, ve vazbě.

(2) Během průvozu nenařídí žádný smluvní stát proti osobě, vydávané z výsoštného území druhého smluvního státu do třetího státu, opatření k trestnímu stíhání ani výkon rozsudku za činy, spáchané před průvozem, bez souhlasu vydávajícího smluvního státu.

(3) Má-li být osoba, vydávaná z území třetího státu na výsoštné území smluvního státu, přepravována na výsoštné území tohoto smluvního státu leteckou cestou přes výsoštné území druhého smluvního státu bez mezipřistání na výsoštném území tohoto smluvního státu, pak se tím smluvní stát, jehož výsoštné území je přelétáváno, nemusí zabývat, pokud osoba nemá jeho občanství a trestný čin, pro který je vydávána, není politickým nebo čistě vojenským trestným činem ve smyslu článku 3 a 4 Úmluvy.

(4) V záležitostech průvozu a přepravy leteckou cestou se písemný styk uskutečňuje mezi Ministerstvem spravedlnosti České republiky a Spolkovým ministerstvem spravedlnosti Spolkové republiky Německo.

Článek 14

(K článku 23 Úmluvy)

K žádostem o vydání a průvozu jakož i k potřebným podkladům je třeba připojit ověřené překlady do jazyka dožádaného státu.

Článek 15

(Ochrana osobních údajů)
Definice

Osobní údaje, dále jen údaje, jsou jednotlivé údaje o osobních a věcných poměrech určitých nebo určitelných fyzických osob.

Artikel 16(Schutz personenbezogener Daten)
Zweckbindung

(1) Die Verwendung der aufgrund des Übereinkommens oder dieses Vertrages übermittelten Daten ist nur für die dort bezeichneten Zwecke zulässig, für die die Daten übermittelt worden sind, und zu den durch die übermittelnde Stelle im Einzelfall vorgegebenen Bedingungen. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig:

1. für Zwecke, für die die Daten ebenfalls nach dem Übereinkommen oder diesem Vertrag übermittelt werden dürften,
2. zur Verfolgung von Straftaten,
3. zur Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung,
4. für gerichtliche Verfahren und Verwaltungsverfahren, die mit den Zwecken nach Satz 1 und Satz 2 Ziffern 1, 2 und 3 zusammenhängen, sowie
5. zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

(2) Eine Verwendung der Daten zu weiteren Zwecken ist nur nach vorheriger Zustimmung des übermittelnden Vertragsstaates zulässig.

Artikel 17(Schutz personenbezogener Daten)
Zusätzliche Bestimmungen

Zusätzlich gelten bei der Übermittlung und Verwendung von Daten unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die übermittelten Daten, deren Verwendung und die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Bei der Übermittlung der Daten ist auf Vollständigkeit zu achten. Es sind nur die Daten zu übermitteln, die das gestellte Ersuchen betreffen. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass Daten unvollständig oder falsch oder unter Verstoß gegen nationale Übermittlungsverbote übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
3. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck und den Zweck der Speicherung Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
4. Die übermittelnde und die empfangende Stelle halten die Übermittlung und den Empfang der Daten in geeigneter Weise fest.
5. Die übermittelnde und die empfangende Stelle schützen die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe.
6. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach dem Übereinkommen oder diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, so haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

Článek 16(Ochrana osobních údajů)
Účel

(1) Použití údajů předaných na základě Úmluvy nebo této smlouvy je možné pouze k účelu tam uvedenému, pro který byly údaje předány, a za podmínek, stanovených v konkrétním případě předávajícím místem. Použití je kromě toho přípustné:

1. k účelům, pro které by údaje rovněž směly být předány podle Úmluvy nebo této smlouvy,
2. ke stíhání trestných činů,
3. k zabránění trestným činům závažného významu,
4. pro soudní a správní řízení, související s účely podle věty 1 a věty 2 bodu 1, 2 a 3, jakož i
5. k odvrácení závažného ohrožení veřejné bezpečnosti.

(2) Použití údajů k jiným dalším účelům je přípustné pouze po předchozím souhlasu předávajícího smluvního státu.

Článek 17(Ochrana osobních údajů)
Dodatková ustanovení

Pro předávání údajů a jejich použití platí dále pro každý smluvní stát vedle jeho platných právních předpisů tato ustanovení:

1. Příjemce informuje na žádost předávající místo o předaných údajích, jejich použití a o výsledcích tím dosažených.
2. Při předávání údajů je třeba dbát na jejich úplnost. Předávat lze pouze údaje, týkající se podaného dožádání. Přitom je třeba dodržovat zákaz předávání údajů podle daného vnitrostátního práva. Pokud vyjde najevo, že byly předány údaje neúplné nebo nesprávné nebo že jejich předáním byl porušen národní zákaz předávání údajů, je to třeba bezodkladně příjemci sdělit. Ten je povinen tyto údaje opravit, nebo zničit.
3. Dotčené osobě bude na žádost poskytnuta informace o údajích, které o ní existují, jakož i o předpokládaném účelu jejich použití a účelu jejich uložení. Povinnost poskytnout informaci nenastává, pokud na základě uvážení veřejný zájem informací neposkytnout převažuje nad zájmem dotčeného informací obdržet. Jinak se právo dotčeného na obdržení informace o údajích o jeho osobě řídí podle vnitrostátního práva smluvního státu, na jehož výsostném území je informace vyžadována.
4. Předávající a přijímající místo musí předání a příjem údajů vhodným způsobem zaevidovat.
5. Předávající a přijímající místa chrání předávané údaje účinně před neoprávněným přístupem, neoprávněným pozměněním a neoprávněným zveřejněním.
6. Bude-li někdo v důsledku předání údajů v rámci výměny dat podle Úmluvy nebo této smlouvy protiprávně poškozen, pak odpovědnost za škodu vůči němu má přijímající místo podle svých vnitrostátních předpisů. Ve vztahu k poškozenému se nemůže vyvinut odvoláním na to, že škoda byla způsobena předávajícím místem. Poskytne-li přijímající místo náhradu škody, která vznikla použitím nesprávně předaných údajů, pak předávající místo nahradí přijímajícímu místu celkovou částku poskytnuté náhrady škody.

Artikel 18

(Geheimschutz)

Sollen aufgrund des Übereinkommens und dieses Vertrages Daten übermittelt werden, die nach dem Recht des übermittelnden Vertragsstaates einer Geheimhaltungspflicht unterliegen und als solche gekennzeichnet sind, kann dieser ihre Übermittlung davon abhängig machen, dass der empfangende Vertragsstaat die Geheimhaltungspflicht beachtet.

Artikel 19

(1) Das Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und das Justizministerium der Tschechischen Republik werden nach Bedarf in unmittelbarem Benehmen Zusammenkünfte ihrer Vertreter vereinbaren, um die einheitliche Durchführung des Übereinkommens und dieses Vertrages sicherzustellen und bei ihrer Durchführung etwa auftauchende Schwierigkeiten zu beseitigen. Soweit durch die zu erörternden Fragen der Geschäftsbereich anderer Behörden berührt wird, werden diese eingeladen werden, sich an den Zusammenkünften zu beteiligen.

(2) Stehen der Bewilligung der Auslieferung nach Auffassung der zuständigen Behörden des ersuchten Vertragsstaates wegen des Alters, des Gesundheitszustandes oder eines anderen die betreffende Person berührenden Umstände unter Berücksichtigung der Art der Straftat und der Interessen des ersuchenden Vertragsstaates humanitäre Bedenken entgegen, erörtern die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten, wie diese Bedenken ausgeräumt werden können.

Artikel 20

(zu Artikel 31 des Übereinkommens)

Kündigt einer der Vertragsstaaten das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

Artikel 21

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt drei Monate nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag kann jederzeit schriftlich gekündigt werden; er tritt sechs Monate nach der Kündigung außer Kraft. Er tritt auch ohne besondere Kündigung in dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Übereinkommen zwischen den Vertragsstaaten des vorliegenden Vertrages unwirksam wird.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Prag am 2. Februar 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Graf Lambsdorff
Däubler-Gmelin

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
Motejl

Článek 18

(Ochrana tajemství)

Jestliže jsou na základě Úmluvy a této smlouvy předávány údaje, podléhající podle práva předávajícího smluvního státu povinnosti utajení a jsou jako takové označeny, může tento stát podmínit předání tím, že přijímající smluvní stát dodrží povinnost utajení.

Článek 19

(1) Ministerstvo spravedlnosti České republiky a Spolkové ministerstvo spravedlnosti Spolkové republiky Německo dohodnou podle potřeby přímým ujednáním setkání svých představitelů za účelem zajištění jednotného provádění Úmluvy a této smlouvy a odstranění těžkostí, které případně při jejich používání nastanou. Budou-li těmito otázkami, vyžadujícími vyjasnění, dotčeny působnosti jiných orgánů, budou tyto orgány pozvány k účasti na těchto jednáních.

(2) Jestliže podle názoru příslušných úřadů dožádaného smluvního státu brání souhlasu s vydáním humanitární pochybnosti kvůli věku, zdravotnímu stavu nebo jiné okolnosti, týkající se dané osoby s přihlédnutím k druhu trestného činu a zájmům dožadujícího smluvního státu, projednají příslušné orgány obou smluvních států, jak mohou tyto pochybnosti být odstraněny.

Článek 20

(K článku 31 Úmluvy)

Vypoví-li jeden ze smluvních států Úmluvu, pak výpověď ve vztahu mezi Českou republikou a Spolkovou republikou Německo nabývá účinnosti dva roky po doručení oznámení výpovědi generálnímu tajemníkovi Rady Evropy.

Článek 21

(1) Tato smlouva vyžaduje ratifikaci; ratifikační listiny budou vyměněny co nejdříve v Berlíně.

(2) Tato smlouva nabývá platnosti tři měsíce po výměně ratifikačních listin.

(3) Tato smlouva může být kdykoli písemně vypovězena; platnosti pozbývá šest měsíců po výpovědi. Smlouva rovněž pozbude bez zvláštní výpovědi platnosti okamžikem, kdy pozbude platnosti Úmluva mezi smluvními státy této smlouvy.

Na důkaz toho osoby k tomu řádně zmocněné tuto smlouvu podepsaly a opatřily svými pečeti.

Dáno v Praze, dne druhého února 2000 ve dvou originálech v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Gesetz
zu dem Vertrag vom 2. Februar 2000
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik
über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens
über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959
und die Erleichterung seiner Anwendung

Vom 13. Juli 2001

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Prag am 2. Februar 2000 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Polizeibehörden sind zur Stellung von Ersuchen im Sinne von Artikel 23 des Vertrags nur insoweit befugt, als sie nach innerstaatlichem Recht in eigener Zuständigkeit Anordnungen treffen können.

Artikel 3

Rechtshilfeersuchen tschechischer Behörden, denen eine Zuwiderhandlung zugrunde liegt, die nach deutschem Recht eine Ordnungswidrigkeit wäre, werden so behandelt, als ob ihnen nach deutschem Recht eine mit Strafe bedrohte Handlung zugrunde läge. Die Bewilligungsbehörde kann der Verwaltungsbehörde, die für die Verfolgung der Zuwiderhandlung zuständig wäre, die Vornahme der Rechtshilfehandlung übertragen.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme der Artikel 2 und 3 am Tag nach seiner Verkündung in Kraft. Die Artikel 2 und 3 des Vertrages treten gleichzeitig mit dem Vertrag in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 34 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 13. Juli 2001

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz
Däubler-Gmelin

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik
über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens
über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959
und die Erleichterung seiner Anwendung

Smlouva
mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou
o dodatcích k Evropské úmluvě o vzájemné pomoci ve věcech trestních
z 20. dubna 1959
a usnadnění jejího používání

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Tschechische Republik –

Spolková republika Německo,
a
Česká republika

in dem Wunsch, das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 17. März 1978 – im Folgenden als Übereinkommen bezeichnet – im Verhältnis zwischen den beiden Staaten zu ergänzen und die Anwendung der darin enthaltenen Grundsätze zu erleichtern –

vedeny přáním doplnit ve vztahu mezi oběma státy Evropskou úmluvu o právní pomoci ve věcech trestních ve znění Dodatkového protokolu ze 17. března 1978 – dále označovanou jako Úmluvu – a usnadnit používání zásad v ní uvedených,

sind wie folgt übereingekommen:

dohodly toto:

Kapitel I
Ergänzung
einzelner Artikel des Übereinkommens

Kapitola I
Doplnění
jednotlivých článků Úmluvy

Artikel 1

(zu Artikel 1 des Übereinkommens)

Rechtshilfe wird auch für Verfahren wegen Handlungen geleistet, zu deren Verfolgung in dem Zeitpunkt, in dem um Rechtshilfe ersucht wird, die Justizbehörden des ersuchenden Vertragsstaates zuständig sind und im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates die Justiz- oder Verwaltungsbehörden zuständig wären.

Článek 1

(K článku 1 Úmluvy)

Právní pomoc se poskytuje také v řízení o činech, k jejichž stíhání v době, kdy je o právní pomoc žádáno, jsou příslušné justiční orgány dožadujícího státu a na výsoštném území dožádaného státu by byly příslušné orgány justiční či správní.

Artikel 2

(zu Artikel 1 des Übereinkommens)

Das Übereinkommen und dieser Vertrag werden auch angewendet:

1. in Gnadensachen;
2. in Verfahren über Ansprüche auf Entschädigung für ungerechtfertigte Freiheitsentziehung, für ungerechtfertigte Verurteilung oder andere durch ein Strafverfahren entstandene Nachteile, soweit nicht Bestimmungen anderer zwischenstaatlicher Vereinbarungen anzuwenden sind.

Článek 2

(K článku 1 Úmluvy)

Úmluva a tato smlouva budou použity také:

1. ve věcech milosti;
2. v řízeních o nárocích na odškodnění za neoprávněné odnětí svobody, za neoprávněné odsouzení nebo jinou újmu vzniklou v důsledku trestního řízení, pokud nemají být použita ustanovení jiných mezistátních dohod.

Artikel 3

(zu Artikel 2 des Übereinkommens)

Die Rechtshilfe kann verweigert werden, wenn der mit der Leistung der Rechtshilfe verbundene Aufwand in offensichtlichem Missverhältnis zu dem Gewicht der Tat stünde.

Článek 3

(K článku 2 Úmluvy)

Právní pomoc může být odmítnuta, jestliže náročnost spojená s poskytnutím právní pomoci by byla ve zjevném nepoměru k závažnosti činu.

Artikel 4

(zu den Artikeln 3 und 5 des Übereinkommens)

(1) Rechtshilfe in Form von Herausgabe von Gegenständen wird nur geleistet, wenn die dem Ersuchen zugrunde liegende Handlung nach dem Recht beider Vertragsstaaten strafbar ist. Einem solchen Ersuchen wird beigefügt eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift

Článek 4

(K článkům 3 a 5 Úmluvy)

(1) Právní pomoc ve formě vydání předmětů je poskytována pouze tehdy, jestliže jednání, které zakládá dožádání, je trestné podle práva obou smluvních států. K takovému dožádání se připojuje vyhotovení nebo ověřená kopie

1. einer Anordnung einer zuständigen Stelle des ersuchenden Vertragsstaates, wonach die Gegenstände auch gegen den Willen des Gewahrsamsinhabers in amtliche Verwahrung zu nehmen sind, oder
2. einer Erklärung einer solchen Stelle, aus der hervorgeht, dass die Gegenstände auch gegen den Willen des Gewahrsamsinhabers in amtliche Verwahrung genommen werden könnten, wenn sie sich im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates befänden.

(2) Außer den in Artikel 3 Absatz 1 des Übereinkommens aufgeführten Gegenständen werden zum Zweck der Rückgabe an den Berechtigten auch die durch die Straftat erlangten Gegenstände sowie das erlangte Entgelt herausgegeben, sofern

1. die Gegenstände im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates nicht für ein Strafverfahren benötigt werden,
2. nicht Dritte Rechte an ihnen geltend machen und
3. der Herausgabe keine richterliche Entscheidung entgegensteht.

Der Vorlage einer Anordnung oder einer Erklärung im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 bedarf es nicht.

(3) Der Vorlage einer Anordnung oder einer Erklärung im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 bedarf es ferner nicht, wenn um die Übermittlung von Schriftstücken einschließlich Akten oder deren Mehrfertigungen ersucht wird, die sich im Gewahrsam der Behörden des ersuchten Vertragsstaates befinden oder diesen freiwillig zur Verfügung gestellt werden. Derartige Ersuchen werden wie Ersuchen um Erteilung von Auskünften behandelt.

(4) Rechte des ersuchten Vertragsstaates und dritter Personen an Gegenständen und Schriftstücken einschließlich Akten, die an den ersuchenden Vertragsstaat übermittelt werden, bleiben unberührt.

(5) Ein Zolppfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechts wird der ersuchte Vertragsstaat bei der Übergabe von Gegenständen unter Verzicht auf deren Rückgabe nicht geltend machen, es sei denn, dass der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

(6) Unter den Voraussetzungen der Absätze 1 und 4 können Gegenstände auch zur Sicherung der Vollstreckung einer Einziehungs- und Verfallsentscheidung im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates herausgegeben werden.

Artikel 5

(zu Artikel 4 des Übereinkommens)

Den Vertretern der am Strafverfahren beteiligten Behörden und den sonstigen am Verfahren beteiligten Personen und ihren Bevollmächtigten wird vorbehaltlich Artikel 2 des Übereinkommens auf Ersuchen des ersuchenden Vertragsstaates die Anwesenheit bei der Vornahme von Rechtshilfehandlungen im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates gestattet. Sie können ergänzende Fragen oder Maßnahmen anregen. Auf diese Personen erstreckt sich der Schutz des Artikels 12 des Übereinkommens.

Artikel 6

(zu Artikel 7 des Übereinkommens)

(1) Die in Artikel 7 Absatz 1 des Übereinkommens erwähnten Schriftstücke können unmittelbar auf dem Postweg durch Einschreiben mit Rückschein zugestellt werden. Dies gilt nicht, wenn der Vertragsstaat, in dem zugestellt werden soll, nach dem Übereinkommen die Erledigung eines Ersuchens um Zustellung der Schriftstücke verweigern könnte. Das Recht des ersuchenden Vertragsstaates, ein Ersuchen um Zustellung von Schriftstücken an die Justizbehörden des anderen Vertragsstaates zu richten, wenn er dies im Einzelfall für erforderlich hält, bleibt unberührt.

1. nařízení příslušného místa dožadujícího smluvního státu, podle něhož je třeba vzít předměty do úřední úschovy i proti vůli osoby, v jejíž úschově se nacházejí nebo
2. prohlášení takového místa, ze kterého vyplývá, že předměty by mohly být převzaty do úřední úschovy i proti vůli osoby, v jejíž úschově se nacházejí, kdyby se nacházely na výsostném území dožadujícího státu.

(2) Kromě předmětů, uvedených v článku 3 odstavci 1 Úmluvy, se za účelem vrácení věci oprávněné osobě vydávají rovněž předměty trestným činem získané jakož i získaná úplata, jestliže

1. předmětů není zapotřebí na výsostném území dožádaného státu pro trestní řízení,
2. k nim neuplatňují práva třetí osoby a
3. vydání není v rozporu se soudním rozhodnutím.

Předložení nařízení nebo prohlášení ve smyslu odstavce (1) věty 2 není třeba.

(3) Předložení nařízení nebo prohlášení ve smyslu odstavce (1) věty 2 dále není třeba, jestliže se žádá o předání písemností včetně spisů nebo jejich kopií, nacházejících se v úschově orgánu dožádaného smluvního státu nebo jsou těmto dobrovolně dány k dispozici. S takovými dožádáními bude naloženo jako s žádostmi o poskytnutí informací.

(4) Práva dožádaného smluvního státu a třetích osob k předmětům a písemnostem včetně spisů, které jsou předány dožadujícímu smluvnímu státu, zůstávají nedotčena.

(5) Dožádaný smluvní stát, který se při předání předmětů současně zřekl jejich vrácení, neuplatní celní právo zástavní nebo jiná věcná ručení podle předpisů celního nebo daňového práva, ledaže by poplatek dlužil sám trestným činem poškozený vlastník věci.

(6) Za předpokladů, uvedených v předcházejících odstavcích (1) a (4), mohou být předměty vydány také k zajištění výkonu rozhodnutí o zabavení nebo propadnutí věci na výsostném území dožadujícího smluvního státu.

Článek 5

(K článku 4 Úmluvy)

Zástupcům orgánů činných v trestním řízení jakož i ostatním osobám, které se účastní trestního řízení a jejich zmocněncům, bude s výhradou článku 2 Úmluvy na požádání dožadujícího smluvního státu povolena přítomnost při provádění úkonů právní pomoci na výsostném území dožádaného smluvního státu. Mohou dát podnět k doplňujícím otázkám nebo opatřením. Na tyto osoby se vztahuje ochrana podle článku 12 Úmluvy.

Článek 6

(K článku 7 Úmluvy)

(1) Písemnosti, uvedené v článku 7 odstavce 1 Úmluvy, mohou být doručovány bezprostředně poštou doporučeně s doručenkou. Toto neplatí, pokud by smluvní stát, v němž má být doručeno, podle Úmluvy mohl vyřízení dožádání o doručení písemností odepřít. Nedotčeno zůstává právo dožadujícího smluvního státu směřovat žádost o doručení písemností justičním orgánům druhého smluvního státu, jestliže to dožadující smluvní stát v konkrétním případě považuje za účelné.

(2) Eine Zustellung nach Absatz 1 Satz 1 steht hinsichtlich ihrer Rechtswirkungen einer Zustellung durch die Justizbehörden des Vertragsstaates, in dem die Zustellung erfolgt, gleich.

Artikel 7

(zu Artikel 10 des Übereinkommens)

Artikel 10 Absätze 2 und 3 des Übereinkommens finden auf alle Fälle der Vorladung eines Zeugen oder Sachverständigen Anwendung. Das Ersuchen um Gewährung eines Vorschusses kann auch von dem Zeugen oder Sachverständigen gestellt werden.

Artikel 8

(zu den Artikeln 11 und 12 des Übereinkommens)

(1) Gestattet der ersuchte Vertragsstaat die Anwesenheit einer Person, der im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates die Freiheit auf strafrechtlicher Grundlage entzogen ist, bei der Vornahme einer Rechtshilfehandlung, so hat er die Person für die Dauer ihres Aufenthaltes in seinem Hoheitsgebiet in Haft zu halten und sie nach Vornahme der Rechtshilfehandlung dem ersuchenden Vertragsstaat unverzüglich rückzuüberstellen, sofern dieser nicht die Freilassung verlangt.

(2) Eine Überstellung nach Absatz 1 kann nur mit Zustimmung der betroffenen Person erfolgen. Dies gilt nicht, wenn die Person in dem Verfahren, für das die Rechtshilfehandlung erbeten wird, beschuldigt ist und ihre Anwesenheit für die Vornahme der Rechtshilfehandlung unerlässlich ist.

(3) Gestattet ein dritter Staat die Anwesenheit einer Person, der im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates die Freiheit entzogen ist, bei der Vornahme einer Rechtshilfehandlung, so gelten für die Beförderung dieser Person durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates die Absätze 2 und 3 des Artikels 11 des Übereinkommens entsprechend.

(4) Die Bestimmungen des Artikels 12 des Übereinkommens sind auf die in den Absätzen 1 und 3 erwähnten Fälle entsprechend anzuwenden.

Artikel 9

(zu Artikel 13 des Übereinkommens)

(1) Der ersuchte Vertragsstaat übermittelt die in Artikel 13 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Unterlagen und Auskünfte auch dann, wenn sie von den Polizeibehörden des anderen Vertragsstaates für eine Strafsache erbeten werden, und zwar in dem Umfang, in dem seine Polizeibehörden sie in ähnlichen Fällen erhalten könnten.

(2) Für andere Zwecke als für eine Strafsache übermittelt der ersuchte Vertragsstaat diese Unterlagen und Auskünfte auf Ersuchen der Behörden des anderen Vertragsstaates in dem Umfang, in dem seine Behörden sie in ähnlichen Fällen erhalten könnten.

Artikel 10

(zu Artikel 14 des Übereinkommens)

In Zustellungsersuchen wird bei den Angaben über den Gegenstand und den Grund des Ersuchens auch die Art des zuzustellenden Schriftstücks sowie die Stellung des Empfängers im Verfahren bezeichnet.

Artikel 11

(zu Artikel 15 des Übereinkommens)

(1) Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, findet der Rechtshilfeverkehr unmittelbar zwischen den Justizbehörden statt. Die Vermittlung durch das Bundesministerium der Justiz oder die Justizministerien der Länder (Landesjustizverwaltungen) der Bundesrepublik Deutschland einerseits und das Ministerium der Justiz oder die Oberste Staatsanwaltschaft der Tschechischen Republik andererseits wird dadurch nicht ausgeschlossen.

(2) Doručení podle odstavce (1) věta 1 je co do svých právních účinků rovno doručení justičními orgány smluvního státu, v němž je doručení provedeno.

Článek 7

(K článku 10 Úmluvy)

Článek 10, odstavec 2 a 3 Úmluvy bude použit na všechny případy předvolání svědka nebo znalce. Žádost o poskytnutí zálohy může podat i svědek nebo znalec.

Článek 8

(K článkům 11 a 12 Úmluvy)

(1) Jestliže dožádaný smluvní stát povolí při provádění úkonu právní pomoci přítomnost osoby, která byla na výsoštném území dožadujícího smluvního státu na trestně právním podkladu zbavena svobody, pak musí tuto osobu po dobu jejího pobytu na svém výsoštném území držet ve vazbě a po provedení úkonů právní pomoci ji bezodkladně předat zpět dožadujícímu smluvnímu státu, pokud tento nepožádá o její propuštění.

(2) Předání osoby podle odstavce (1) může být provedeno pouze se souhlasem dotčené osoby. To neplatí, jestliže v řízení, pro které je úkon právní pomoci dožádán, je tato osoba obviněna a její přítomnost je pro provedení úkonu právní pomoci nezbytná.

(3) Povolí-li třetí stát přítomnost osoby při provádění úkonu právní pomoci, která byla na výsoštném území jednoho ze smluvních států zbavena svobody, pak pro průvoz této osoby přes výsoštné území druhého smluvního státu platí obdobně odstavec 2 a 3 článku 11 Úmluvy.

(4) Ustanovení článku 12 Úmluvy se odpovídajícím způsobem použijí na případy, uvedené v předcházejících odstavcích (1) a (3).

Článek 9

(K článku 13 Úmluvy)

(1) Dožádaný smluvní stát předá podklady a informace uvedené v článku 13 odstavec 1 Úmluvy i tehdy, když o ně požádají policejní orgány druhého státu v trestní věci, a to v rozsahu, v jakém by je mohly v podobných případech obdržet jeho policejní orgány.

(2) Pro jiné účely než pro trestní věc předá dožádaný smluvní stát tyto podklady a informace na požádání orgánů druhého smluvního státu v rozsahu, v jakém by je mohly v podobných případech obdržet jeho orgány.

Článek 10

(K článku 14 Úmluvy)

V žádosti o doručení bude u údajů o předmětu a důvodu dožádání označen také druh doručovaných písemností a postavení příjemce v řízení.

Článek 11

(K článku 15 Úmluvy)

(1) Pokud tato smlouva nestanoví jinak, probíhá styk právní pomoci přímo mezi justičními orgány. Tím není vyloučeno zprostředkování Ministerstvem spravedlnosti nebo Nejvyšším státním zastupitelstvím České republiky na jedné straně a Spolkovým ministerstvem spravedlnosti nebo Ministerstvy spravedlnosti (Zemskými justičními správami) spolkových zemí Spolkové republiky Německo na straně druhé.

(2) Ersuchen um Überstellung oder Durchbeförderung von Personen, denen die Freiheit entzogen ist, werden durch das Bundesministerium der Justiz oder die Justizministerien der Länder (Landesjustizverwaltungen) der Bundesrepublik Deutschland einerseits und durch das Ministerium der Justiz oder die Oberste Staatsanwaltschaft der Tschechischen Republik andererseits übermittelt. In dringenden Fällen ist der unmittelbare Verkehr zwischen den Justizbehörden der beiden Vertragsstaaten zulässig.

(3) Ersuchen um Übermittlung von Auskünften oder Unterlagen aus dem Strafregister zu strafrechtlichen Zwecken sind zu richten in der Bundesrepublik Deutschland an das Bundeszentralregister und in der Tschechischen Republik an das Strafregister. Ersuchen nach Artikel 9 dieses Vertrages können von den dort genannten Behörden unmittelbar an die in Satz 1 genannten Behörden gerichtet werden.

(4) Zur Durchführung und Erleichterung des Rechtshilfeverkehrs stellen die Vertragsstaaten einander Ortsbücher oder andere geeignete Verzeichnisse zur Verfügung, die den örtlichen Zuständigkeitsbereich der einzelnen Justiz- und Polizeibehörden erkennen lassen.

Artikel 12

(zu Artikel 16 des Übereinkommens)

(1) Den Ersuchen und den beigefügten Schriftstücken ist eine Übersetzung in die Sprache des ersuchten Vertragsstaates anzuschließen, die von einem amtlich bestellten oder vereidigten Übersetzer des ersuchenden Vertragsstaates angefertigt ist. Eine Beglaubigung der Unterschrift des Übersetzers ist nicht erforderlich. Der Beifügung einer Übersetzung von zuzustellenden Schriftstücken bedarf es nicht, wenn der Zustellungsempfänger der Sprache kundig ist, in der das zuzustellende Schriftstück abgefasst wurde.

(2) Wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass im Falle der Zustellung eines Schriftstücks nach Artikel 6 Absatz 1 dieses Vertrages der Zustellungsempfänger der Sprache, in der das Schriftstück abgefasst ist, unkundig ist, ist dieses oder zumindest dessen wesentlicher Inhalt in die Sprache des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet der Empfänger sich aufhält, zu übersetzen. Wenn der zustellenden Behörde bekannt ist, dass der Empfänger nur einer anderen Sprache kundig ist, ist das Schriftstück oder zumindest dessen wesentlicher Inhalt in diese andere Sprache zu übersetzen.

Artikel 13

(zu Artikel 20 des Übereinkommens)

(1) Die durch die Übermittlung von Gegenständen zum Zwecke der Aushändigung an den Berechtigten (Artikel 4 Absatz 2 dieses Vertrages) und durch die Überstellung oder Durchbeförderung von Personen, denen die Freiheit entzogen ist (Artikel 8 dieses Vertrages), entstandenen Kosten werden vom ersuchenden Vertragsstaat erstattet.

(2) Der ersuchte Vertragsstaat kann verlangen, dass ihm die durch die Erledigung eines Ersuchens um Überwachung der Telekommunikation entstehenden Kosten erstattet werden. In diesem Fall teilt er dem ersuchenden Vertragsstaat unverzüglich die voraussichtliche Höhe dieser Kosten mit. Wird die Überwachung gemäß Artikel 17 Absatz 3 dieses Vertrages beendet, ist der ersuchende Vertragsstaat verpflichtet, die bereits entstandenen Kosten zu tragen.

Artikel 14

(zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Der Schriftverkehr gemäß Artikel 21 des Übereinkommens erfolgt auf dem in Artikel 11 Absatz 1 dieses Vertrages vorgesehenen Geschäftsweg.

(2) Aufgrund einer nach Artikel 21 des Übereinkommens übermittelten Anzeige werden die zuständigen Behörden des ersuch-

(2) Žádosti o předání nebo průvoz osob, zbavených svobody, budou podávány Ministerstvem spravedlnosti nebo Nejvyšším státním zastupitelstvím České republiky na jedné straně a Spolkovým ministerstvem spravedlnosti nebo Ministerstvy spravedlnosti (Zemskými justičními správami) spolkových zemí Spolkové republiky Německo na straně druhé. V naléhavých případech je přípustný přímý styk mezi justičními orgány obou smluvních států.

(3) Žádost o předání informací nebo podkladů z rejstříku trestů pro trestněprávní účely budou směřovány v České republice k Rejstříku trestů a ve Spolkové republice Německo ke Spolkovému ústřednímu rejstříku (Bundeszentralregister). Dožádání podle článku (9) této smlouvy mohou orgány, uvedené v tomto článku, směřovat přímo k orgánům, uvedeným ve větě 1.

(4) Pro provádění a usnadnění styků při právní pomoci si smluvní strany vzájemně poskytnou seznamy míst nebo jiné vhodné seznamy, z nichž lze zjistit místní příslušnosti jednotlivých justičních a policejních orgánů.

Článek 12

(K článku 16 Úmluvy)

(1) K dožádáním a přiloženým písemnostem je třeba připojit překlad do jazyka dožádaného smluvního státu, vyhotovený úředně ustaveným nebo přísežným překladatelem dožadujícího smluvního státu. Ověření podpisu překladatele není třeba. Příložený překlad doručovaných písemností není zapotřebí, jestliže příjemce zásilky je znalý jazyka, v němž je doručovaná písemnost sepsána.

(2) Pokud existují důvody domnívat se, že v případě doručení písemnosti podle článku 6 odstavce (1) této smlouvy příjemce doručení není znalý jazyka, v němž je písemnost sepsána, je třeba tuto písemnost nebo alespoň její podstatný obsah přeložit do jazyka smluvního státu, na jehož výsostném území příjemce pobývá. Pokud je doručujícímu orgánu známo, že příjemce je znalý pouze jiného jazyka, je třeba písemnost nebo alespoň její podstatný obsah, přeložit do tohoto jiného jazyka.

Článek 13

(K článku 20 Úmluvy)

(1) Náklady vzniklé předáním předmětů za účelem vydání oprávněné osobě (článek 4 odstavce (2) této smlouvy) a předáním nebo průvozem osob, zbavených svobody (článek 8 této smlouvy), budou hrazeny dožadujícím smluvním státem.

(2) Dožádaný smluvní stát může požádat, aby mu byly uhrazeny náklady vzniklé vyřízením žádosti o sledování telekomunikačního provozu. V tomto případě sdělí bezodkladně dožadujícímu smluvnímu státu předpokládanou výši těchto nákladů. Pokud bylo sledování podle článku 17 odstavce (3) této smlouvy ukončeno, je dožadující stát povinen nést již vzniklé náklady.

Článek 14

(K článku 21 Úmluvy)

(1) Písemný styk podle článku 21 Úmluvy se uskutečňuje cestou, uvedenou v článku 11 odstavce (1) této smlouvy.

(2) Na základě oznámení, předaného podle článku 21 Úmluvy, zahájí příslušné orgány dožádaného smluvního státu

ten Vertragsstaates nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts ein Strafverfahren oder ein Verwaltungsverfahren einleiten.

(3) Sind bei der Beurteilung des Sachverhalts im Sinne des Absatzes 2 Straßenverkehrsvorschriften zu berücksichtigen, so sind die am Tatort geltenden Verkehrsregeln zugrunde zu legen.

(4) Ein zur Einleitung eines Strafverfahrens notwendiger Antrag oder eine Ermächtigung, die in dem Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates vorliegt, ist auch im ersuchten Vertragsstaat wirksam; nur nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates erforderliche Anträge oder Ermächtigungen können innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Eingang der Anzeige bei der zur Strafverfolgung zuständigen Behörde dieses Vertragsstaates nachgeholt werden.

(5) Die Anzeige hat eine Darstellung des Sachverhalts zu enthalten. Ihr werden beigefügt:

1. die Akten in Urschrift oder beglaubigter Abschrift sowie in Betracht kommende Beweisgegenstände;
2. eine Abschrift der Bestimmungen über den Tatbestand und die Strafe, die nach dem am Tatort geltenden Recht auf die Tat anwendbar sind;
3. bei Verkehrsstraftaten außerdem eine Abschrift der für die Beurteilung maßgebenden Verkehrsregeln;
4. eine Übersetzung der Anzeige, der Darstellung des Sachverhalts und der unter Ziffer 2 und 3 genannten Schriftstücke in die Sprache des ersuchten Vertragsstaates.

(6) Die Gegenstände und die urschriftlichen Unterlagen im Sinne des Absatzes 5 Ziffer 1 werden dem ersuchenden Vertragsstaat so bald wie möglich zurückgegeben, sofern auf die Rückgabe nicht verzichtet wird. Etwa bestehende Rechte des ersuchten Vertragsstaates oder dritter Personen an den übermittelten Gegenständen bleiben unberührt.

(7) Wurde im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates eine Strafverfolgung eingeleitet, so sehen die Behörden des ersuchenden Vertragsstaates von weiteren Verfolgungs- oder Vollstreckungsmaßnahmen gegen den Beschuldigten wegen derselben Tat ab. Sie können jedoch die Verfolgung oder Vollstreckung fortsetzen oder wieder aufnehmen, wenn

1. es sich herausgestellt hat, dass die zuständige Behörde des ersuchten Vertragsstaates das Strafverfahren nicht zu Ende führen kann, insbesondere weil der Beschuldigte sich der Strafverfolgung oder der Strafvollstreckung in dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates entzieht, oder dass sie das Strafverfahren zwar abgeschlossen, aber keine Entscheidung über die dem Ersuchen zugrunde liegende Straftat dem Grunde nach getroffen hat;
2. aus nach der Stellung des Ersuchens bekannt gewordenen Gründen vor Erlass eines gerichtlichen Strafbefehls, vor Beginn der erstinstanzlichen Hauptverhandlung oder vor Erlass einer Verwaltungsverfügung im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates die ersuchende Behörde ihr Ersuchen zurückgenommen hat.

(8) Jede im Hoheitsgebiet eines der beiden Vertragsstaaten gemäß den dort geltenden Bestimmungen vorgenommene Untersuchungshandlung und jede die Verjährung unterbrechende Handlung hat im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates die gleiche Geltung, wie wenn sie in dem Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaates rechtswirksam vorgenommen worden wäre.

(9) Der ersuchende Vertragsstaat wird so bald wie möglich von dem aufgrund der Anzeige Veranlassenen sowie in den Fällen des Absatzes 7 unterrichtet. Nach Abschluss des Verfahrens wird ihm auch eine Ausfertigung oder eine beglaubigte Abschrift der das Verfahren abschließenden Entscheidung übersandt.

(10) Die durch die Anwendung des Artikels 21 des Übereinkommens und dieses Artikels entstandenen Kosten werden nicht erstattet.

podle vnitrostátního práva trestní nebo správní řízení.

(3) Je-li třeba při posuzování skutkového stavu ve smyslu odstavce (2) přihlížet k dopravním předpisům, pak je třeba vycházet z dopravních pravidel platných na místě činu.

(4) Návrh nebo zmocnění, potřebné pro zahájení trestního řízení, existující na výsostném území dožadujícího smluvního státu, má účinnost i na výsostném území dožadovaného smluvního státu; návrhy a zmocnění, potřebné pouze podle práva dožadovaného smluvního státu, mohou být předány dodatečně během dvouměsíční lhůty po té, co bylo orgánu tohoto smluvního státu, příslušnému pro trestní stíhání, oznámení doručeno.

(5) Oznámení musí obsahovat popis skutkového stavu. K němu se připojí:

1. spisy v prvopise nebo ověřené opisy jakož i věcné důkazy, přicházející v úvahu;
2. opis předpisů týkajících se skutkové podstaty a trestu, která se použijí na čin podle práva platného v místě činu;
3. u trestných činů v dopravě kromě toho také opis dopravních pravidel, rozhodných pro posouzení;
4. překlad oznámení, podpisu skutkového stavu a písemností, uvedených pod bodem 2 a 3, do jazyka dožadovaného státu.

(6) Předměty a prvopisy podkladů ve smyslu odstavce (5) bod 1 budou dožadujícímu smluvnímu státu vráceny co možná nejdříve, pokud se vrácení nezrekl. Případně existující práva dožadovaného smluvního státu nebo třetích osob k předaným věcem zůstávají nedotčena.

(7) Jestliže na výsostném území dožadovaného smluvního státu bylo zahájeno trestní stíhání, pak orgány dožadujícího smluvního státu upustí od dalších opatření ke stíhání nebo výkonu trestu proti obviněnému pro tentýž čin. Mohou však ve stíhání nebo výkonu pokračovat nebo je obnovit, jestliže

1. se ukázalo, že příslušný orgán dožadovaného smluvního státu nemůže trestní řízení dovést do konce především proto, že obviněný se trestnímu stíhání nebo výkonu trestu na výsostném území dožadovaného smluvního státu vyhýbá, nebo že tento orgán trestní řízení sice uzavřel, avšak nepřijal o trestném činu, pro který je dožádání podáno, žádné rozhodnutí ve věci;
2. z důvodů, které se staly známými po podání dožádání, dožadující orgán vzal dožádání zpět před vydáním soudního trestního příkazu, před začátkem hlavního líčení v prvním stupni nebo před vynesením správního rozhodnutí na výsostném území dožadovaného smluvního státu.

(8) Každý úkon vyšetřování a každý úkon, přerušující promlčecí lhůtu, provedený na výsostném území jednoho ze smluvních států podle předpisů na něm platných, má stejnou platnost i na výsostném území druhého smluvního státu tak, jako by byl proveden s právní účinností na výsostném území tohoto smluvního státu.

(9) Dožadující smluvní stát bude co nejdříve informován o opatřeních učiněných na základě oznámení a v případech podle odstavce (7). Po ukončení řízení mu bude zasláno jedno vyhotovení nebo ověřený opis rozhodnutí, kterým bylo řízení ukončeno.

(10) Náklady vzniklé použitím článku 21 Úmluvy a tohoto článku se neuhrazují.

Artikel 15

(zu Artikel 22 des Übereinkommens)

Die Informationen aus dem Strafregister werden mindestens einmal vierteljährlich zwischen dem Bundeszentralregister der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium der Justiz der Tschechischen Republik ausgetauscht.

Artikel 16

(zu Artikel 22 des Übereinkommens)

Über Fälle, in denen in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates einem Angehörigen eines anderen Vertragsstaates durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung das Recht aberkannt worden ist, von der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates erteilten Fahrerlaubnis im Inland Gebrauch zu machen, unterrichten einander die Behörden beider Vertragsstaaten. Die entsprechenden Benachrichtigungen werden von der zuständigen Justizbehörde an die zuständige Verwaltungsbehörde des anderen Vertragsstaates übermittelt. Diese Verwaltungsbehörde ist in der Bundesrepublik Deutschland das Kraftfahrt-Bundesamt und in der Tschechischen Republik das Polizeipräsidium der Tschechischen Republik.

Kapitel II**Besondere Ermittlungsmethoden
und Rechtshilfeverkehr der Polizeibehörden****Artikel 17**

(Überwachung der Telekommunikation)

(1) Das Übereinkommen und dieser Vertrag werden auch angewendet auf Ersuchen betreffend die Anordnung von Maßnahmen der Überwachung der Telekommunikation.

(2) Ersuchen nach Absatz 1 werden nur erledigt, wenn

1. eine Überwachungsanordnung eines zuständigen Gerichts des ersuchenden Vertragsstaates vorgelegt wird oder aus der Erklärung eines solchen Gerichts hervorgeht, dass die Voraussetzungen der Überwachung vorliegen, wenn eine derartige Maßnahme im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates durchzuführen wäre,
2. die Überwachung auch nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates angeordnet werden könnte, sofern die Strafverfolgung wegen der dem Ersuchen zugrunde liegenden Straftat dort durchgeführt werden würde und
3. die Zielperson oder das zu überwachende Telekommunikationsgerät, von dem aus die zu überwachende Kennung der Zielperson genutzt wird,
 - a) sich auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Staates befindet,
 - b) sich auf dem Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates befindet und zur Überwachung die technische Hilfe des ersuchten Staates benötigt wird, oder
 - c) sich auf dem Hoheitsgebiet eines dritten Staates befindet und der ersuchende Staat zur Überwachung die technische Hilfe des ersuchten Staates benötigt, sofern der dritte Staat der Überwachung zugestimmt hat.

(3) Verlangt der ersuchte Vertragsstaat gemäß Artikel 13 Absatz 2 Sätze 1 und 2 dieses Vertrages die Erstattung der Kosten der Überwachung der Telekommunikation, so kann die Überwachung beendet werden, wenn der ersuchende Vertragsstaat es ablehnt, die Kosten zu tragen, oder in einer vom ersuchten Vertragsstaat festgelegten Frist sich nicht zur Erstattung verpflichtet.

(4) Personenbezogene Erkenntnisse, die im Rahmen einer Maßnahme nach Absatz 1 gewonnen werden, dürfen in einem anderen Strafverfahren nur mit Zustimmung des ersuchten Ver-

Článek 15

(K článku 22 Úmluvy)

Výměna informací z rejstříku trestů bude mezi Ministerstvem spravedlnosti České republiky a Spolkovým ústředním rejstříkem Spolkové republiky Německo prováděna nejméně jednou za čtvrt roku.

Článek 16

(K článku 22 Úmluvy)

Orgány obou smluvních států se budou vzájemně informovat o případech, kdy na výsostném území jednoho smluvního státu bylo státnímu občanu druhého smluvního státu pravomocným rozhodnutím soudu odňato právo používat v tuzemsku řídičské oprávnění vydané na výsostném území druhého smluvního státu. Tyto zprávy budou předávány mezi příslušným justičním orgánem a příslušným správním orgánem druhého smluvního státu. Tímto správním orgánem je v České republice Policejní prezidium ČR a ve Spolkové republice Německo Spolkový úřad pro řízení motorových vozidel (Kraftfahrt-Bundesamt).

Kapitola II**Zvláštní metody vyšetřování a
styk policejních orgánů při právní pomoci****Článek 17**

(Sledování telekomunikačního provozu)

(1) Úmluva a tato smlouva budou používány také pro dožadání týkající se nařízení opatření ke sledování telekomunikačního provozu.

(2) Dožadání podle odstavce (1) budou vyřizována pouze tehdy,

1. jestliže bude předloženo nařízení sledování příslušným soudem dožadujícího smluvního státu nebo z prohlášení takového soudu vyplýne, že by byly splněny předpoklady pro sledování, kdyby takové opatření mělo být provedeno na výsostném území dožadujícího smluvního státu,
2. jestliže by sledování mohlo být nařízeno také podle práva dožadovaného smluvního státu, pokud by v něm bylo ohledně trestného činu, zakládajícího dožadání, vedeno trestní řízení, a
3. jestliže cílová osoba nebo sledované telekomunikační koncové zařízení, které je využíváno pro sledované číslo cílové osoby,
 - a) se nachází na výsostném území dožadovaného státu,
 - b) se nachází na výsostném území dožadujícího státu a ke sledování je třeba technické pomoci dožadovaného státu, nebo
 - c) se nachází na výsostném území třetího státu a dožadující stát potřebuje ke sledování technickou pomoc dožadovaného státu, pokud třetí stát se sledováním souhlasil.

(3) Požaduje-li dožadovaný smluvní stát podle článku 13 odstavce (2) vět 1 a 2 této smlouvy úhradu nákladů na sledování telekomunikačního provozu, pak lze sledování ukončit, jestliže dožadující smluvní stát odmítne nést náklady nebo ve lhůtě, stanovené dožadáním smluvním státem, se k úhradě nezaváže.

(4) Poznátky o osobách, získané v rámci opatření podle odstavce (1), smějí být použity v jiném trestním řízení pouze se souhlasem dožadovaného smluvního státu. Dožadovaný smluvní

tragsstaates verwendet werden. Der ersuchte Vertragsstaat erteilt diese Zustimmung, wenn die Maßnahme nach seinem Recht auch hinsichtlich der diesem Verfahren zugrunde liegenden Straftat angeordnet werden könnte. Die Unterlagen sind zu vernichten, sobald sie für Strafverfahren nicht mehr benötigt werden. Sieht das Recht des ersuchten Vertragsstaates eine Benachrichtigung des Betroffenen vor, so unterrichtet der ersuchende Vertragsstaat den ersuchten Vertragsstaat darüber, wann die Benachrichtigung ohne Gefährdung des Untersuchungszweckes oder anderer wichtiger Interessen erfolgen kann.

(5) Die Absätze 1, 2 (Ziffern 1 und 2) und 4 gelten entsprechend für Ersuchen um Herausgabe von Unterlagen, die aus Maßnahmen der Überwachung der Telekommunikation in einem im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates geführten Strafverfahren herrühren.

Artikel 18

(Nacheile)

(1) Beamte eines Vertragsstaates, die auf dessen Hoheitsgebiet eine Person verfolgen, die auf frischer Tat bei der Begehung von oder der Teilnahme an einer auslieferungsfähigen Straftat betroffen oder verfolgt wird, sind befugt, die Verfolgung über die Staatsgrenze hinweg auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne dessen vorherige Zustimmung fortzusetzen, wenn die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaates wegen der besonderen Dringlichkeit der Angelegenheit nicht zuvor unterrichtet werden konnten oder nicht rechtzeitig zur Stelle sind, um die Verfolgung zu übernehmen. Gleiches gilt, wenn die verfolgte Person aus der Untersuchungshaft, dem Maßregelvollzug oder der Straftat geflohen ist oder sich einer anderen strafrechtlichen freiheitsentziehenden Maßnahme durch Flucht entzogen hat. Die nacheilenden Beamten nehmen unverzüglich, im Regelfall bereits vor dem Grenzübergang, Kontakt mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates auf. Die Verfolgung ist einzustellen, sobald der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Verfolgung stattfinden soll, dies verlangt. Auf Ersuchen der nacheilenden Beamten ergreifen die örtlich zuständigen Behörden die betroffene Person, um ihre Identität festzustellen oder die Festnahme vorzunehmen.

(2) Wenn kein Einstellungsverlangen vorliegt und die örtlichen Behörden nicht rechtzeitig herangezogen werden können, dürfen die nacheilenden Beamten die Person festhalten, bis die Beamten des anderen Vertragsstaates, die unverzüglich zu unterrichten sind, die Identitätsfeststellung oder die Festnahme vornehmen.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Nacheile wird ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung ausgeübt. Die Überschreitung der Grenze darf auch außerhalb zugelassener Grenzübergänge erfolgen.

(4) Die Nacheile darf nur unter folgenden allgemeinen Voraussetzungen ausgeübt werden:

1. Die nacheilenden Beamten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und das Recht des anderen Vertragsstaates gebunden; sie haben Anordnungen der örtlich zuständigen Behörden zu befolgen.
2. Die Nacheile findet lediglich über die Landgrenzen statt.
3. Das Betreten von Wohnungen ist nicht zulässig. Im Übrigen dürfen Gebäude nur betreten werden, soweit es um öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- oder Geschäftsräume während der Arbeits-, Betriebs- oder Geschäftszeit geht.
4. Die nacheilenden Beamten müssen als solche eindeutig erkennbar sein, entweder durch eine Uniform, eine Armbinde oder durch an dem Fahrzeug angebrachte Zusatzeinrichtungen; das Tragen von Zivilkleidung unter Benutzung eines getarnten Polizeifahrzeuges ohne die vorgenannte Kennzeichnung ist nicht zulässig; die nacheilenden Beamten müssen jederzeit in der Lage sein, ihre amtliche Funktion nachzuweisen.

stát tento souhlas udělí, jestliže by podle jeho práva bylo možné opatření nařídit také kvůli trestnému činu, zakládajícím toto řízení. Materiály je třeba zničit, jakmile nejsou tyto materiály pro trestní řízení zapotřebí. Předpokládá-li právo dožádaného smluvního státu informování dotčené osoby, pak dožadující smluvní stát uvědomí dožádaný stát o tom, kdy může být tato informace poskytnuta, aniž by to ohrozilo účel vyšetřování nebo jiné důležité zájmy.

(5) Odstavec (1), odstavec (2), bod 1 a 2, a odstavec (4) platí obdobně pro dožádání o vydání podkladů, pocházejících z opatření ke sledování telekomunikačního provozu v trestním řízení, vedeném na výsoštném území dožádaného smluvního státu.

Článek 18

(Pronásledování)

(1) Úředníci smluvního státu, kteří na jeho výsoštném území pronásledují osobu, přistiženou při páchání trestného činu nebo účasti na trestném činu, nebo stíhanou pro trestný čin, podléhající vydání, jsou oprávněni pokračovat v pronásledování přes státní hranici na výsoštném území druhého smluvního státu bez jeho předchozího souhlasu, jestliže příslušné orgány druhého smluvního státu nemohly být s ohledem na zvláštní naléhavost záležitosti informovány předem nebo nejsou včas na místě, aby stíhání převzaly. Totéž platí, jestliže pronásledovaná osoba uprchla z výkonu ústavního ochranného léčení nebo z výkonu vyšetřovací vazby či z výkonu trestu, nebo se útekem vyhýbá trestně právním opatřením, omezujícím její osobní svobodu. Pronásledující úředníci navážou bezodkladně, zpravidla ještě před překročením státní hranice, kontakt s příslušným orgánem druhého smluvního státu. Pronásledování musí být zastaveno, jakmile to bude požadovat smluvní stát, na jehož výsoštném území má být pronásledování prováděno. Na žádost pronásledujícího úředníka zajistí místně příslušné úřady dotčenou osobu za účelem zjištění totožnosti nebo zadržení.

(2) Jestliže není požádáno o zastavení pronásledování a místní úřady nelze včas zapojit, smejí pronásledující úředníci osobu zadržet do doby, než úředníci druhého smluvního státu, jež je třeba bezodkladně informovat, provedou zjištění totožnosti nebo zadržení.

(3) Pronásledování, uvedené v odstavcích (1) a (2), se provádí bez prostorového nebo časového omezení. Překročení státních hranic lze provést i mimo povolené hraniční přechody.

(4) Pronásledování smí být uskutečněno pouze za níže uvedených obecných předpokladů:

1. Pronásledující úředníci jsou vázáni ustanoveními tohoto článku a právem druhého smluvního státu; musí dodržovat nařízení místně příslušných orgánů.
2. Pronásledování se provádí pouze přes pozemní hranici.
3. Vstup do bytů je nepřipustný. Do budov lze jinak vstupovat pouze, jedná-li se o veřejně přístupné pracovní, provozní nebo obchodní prostory, během pracovní, provozní nebo obchodní doby.
4. Pronásledující úředníci musí být jednoznačně rozpoznatelní, buď uniformou, páskou přes paži nebo doplňkovým zařízením umístěným na vozidle; nošení civilního oděvu při použití maskovaného policejního automobilu bez označení uvedeného výše je nepřipustné; pronásledující úředníci musí být kdykoli s to prokázat svou služební funkci.

5. Die nacheilenden Beamten dürfen ihre Dienstwaffe mit sich führen; der Gebrauch ist mit Ausnahme des Falles der Notwehr nicht zulässig.
6. Die nach Absatz 2 ergriffene Person darf im Hinblick auf ihre Vorführung vor die örtlich zuständige Behörde lediglich einer Sicherheitsdurchsuchung unterzogen werden; es dürfen ihr während der Beförderung Handfesseln angelegt werden; die von der verfolgten Person mitgeführten Gegenstände dürfen sichergestellt werden.
7. Die nacheilenden Beamten melden sich nach jedem Einschreiten gemäß den Absätzen 1, 2 und 3 bei den örtlich zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaates und erstatten Bericht; auf Ersuchen dieser Behörden sind sie verpflichtet, sich bis zur Klärung des Sachverhalts bereitzuhalten; Gleiches gilt auch, wenn die verfolgte Person nicht festgenommen werden konnte.
8. Die Behörden des Vertragsstaates, aus dessen Hoheitsgebiet die nacheilenden Beamten kommen, unterstützen auf Ersuchen die nachträglichen Ermittlungen einschließlich gerichtlicher Verfahren des anderen Vertragsstaates.

(5) Die Person, die gemäß Absatz 2 durch die örtlich zuständigen Behörden festgenommen wurde, kann ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit zum Zwecke der Vernehmung festgehalten werden. Die einschlägigen Bestimmungen des nationalen Rechts finden sinngemäß Anwendung. Hat die Person nicht die Staatsangehörigkeit des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet sie aufgegriffen wurde, wird sie spätestens sechs Stunden nach ihrer Ergreifung freigelassen, wobei die Stunden zwischen Mitternacht und neun Uhr nicht mitzählen, es sei denn, die örtlich zuständigen Behörden erhalten vor Ablauf dieser Frist ein Ersuchen gleich in welcher Form um vorläufige Festnahme zum Zwecke der Auslieferung. Unberührt bleiben nationale Regelungen, die aus anderen Gründen die Anordnung von Haft oder eine vorläufige Festnahme ermöglichen.

(6) Die in den Absätzen 1 bis 5 genannten Behörden und Beamten sind

- für die Bundesrepublik Deutschland: die Polizeien des Bundes und der Länder sowie die Zollverwaltung und die Beamten dieser Behörden;
- für die Tschechische Republik: die Polizei der Tschechischen Republik sowie die Zollverwaltung und die Beamten dieser Behörden.

Artikel 19

(Grenzüberschreitende Observation)

(1) Beamte eines Vertragsstaates, die im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen einer auslieferungsfähigen Straftat auf dessen Hoheitsgebiet eine Person observieren, sind befugt, die Observation auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates fortzusetzen, wenn dieser der grenzüberschreitenden Observation auf der Grundlage eines zuvor gestellten Ersuchens zugestimmt hat. Die Zustimmung kann mit Auflagen verbunden werden. Auf Verlangen ist die Observation an die Beamten des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation stattfindet, zu übergeben. Das Ersuchen nach Satz 1 richtet die zuständige Behörde des ersuchenden Vertragsstaates in der Bundesrepublik Deutschland an die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft unter gleichzeitiger Übersendung einer Kopie an die nach Absatz 5 zuständige Zentralstelle und in der Tschechischen Republik an die zuständige Polizeibehörde. Örtlich zuständig sind in der Bundesrepublik Deutschland die Staatsanwaltschaften, in deren Zuständigkeitsbereich die Grenze voraussichtlich überschritten werden soll. Zuständig ist in der Tschechischen Republik die in Absatz 5 bezeichnete Zentralstelle.

(2) Kann wegen der besonderen Dringlichkeit der Angelegenheit eine vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates nicht beantragt werden, dürfen die Beamten die Observation einer Person unter folgenden Voraussetzungen über die Grenze hinweg fortsetzen:

5. Pronásledující úředníci smějí nosit svou služební zbraň; její použití s výjimkou nutné obrany je nepřipustné.
6. Osoba zadržaná podle odstavce (2) smí být v souvislosti se svým předvedením k místně příslušnému orgánu podrobena pouze bezpečnostnímu prohledání; během transportu jí smějí být nasazena pouta na rukou; předměty, které měla pronásledovaná osoba při sobě, smějí být zajištěny.
7. Pronásledující úředníci se hlásí po každém zákroku podle odstavců (1), (2) a (3) u místně příslušných orgánů druhého smluvního státu a podají zprávu; na žádost těchto orgánů jsou povinni setrvat k dispozici do objasnění skutkového stavu; to platí i tehdy, jestliže pronásledovaná osoba nemohla být zadržena.
8. Orgány smluvního státu, z jehož výsostného území pronásledující úředníci pocházejí, budou na požádání podporovat dodatečná šetření včetně soudních řízení v druhém smluvním státu.

(5) Osoba, která podle odstavce (2) byla zadržena místně příslušnými úřady, může být bez ohledu na svou státní příslušnost zajištěna za účelem výslechu. Přiměřeně se použijí příslušná ustanovení vnitrostátního práva. Jestliže osoba nemá státní příslušnost smluvního státu, na jehož výsostném území byla dopadena, bude propuštěna nejpozději šest hodin po svém dopadení, přičemž hodiny mezi půlnocí a devátou hodinou se nezapočítávají, ledaže by místně příslušné úřady před uplynutím této lhůty obdržely v libovolné formě žádost o předběžné zadržení za účelem vydání. Nedotčeny zůstávají vnitrostátní předpisy, umožňující uvalení vazby nebo předběžné zadržení z jiných důvodů.

(6) Orgány a úředníci uvedení v odstavcích (1) až (5), jsou:

- za Českou republiku: Policie České republiky, celní orgány a úředníci těchto orgánů;
- za Spolkovou republiku Německo: Federální policie, Policie spolkových zemí, Celní správa (Zollverwaltung) a úředníci těchto orgánů.

Článek 19

(Přeshraniční sledování)

(1) Úředníci smluvního státu, kteří v rámci vyšetřování trestného činu, podléhajícímu vydávání, sledují osobu na výsostném území tohoto státu, jsou oprávněni pokračovat ve sledování na výsostném území druhého smluvního státu, jestliže tento stát s přeshraničním sledováním na základě předem podané žádosti o právní pomoc souhlasil. Tento souhlas může být vázán na podmínky. Na požádání bude sledování předáno úředníkům smluvního státu, na jehož výsostném území se sledování provádí. Žádost o právní pomoc podle věty 1 adresuje příslušný orgán dožadujícího státu, v České republice příslušnému policejnímu orgánu a ve Spolkové republice Německo místně příslušnému státnímu zastupitelství a současně zašle kopii ústřednímu místu příslušnému podle odstavce (5). V České republice je příslušné ústřední místo označené v odstavci (5). Místně příslušnými jsou ve Spolkové republice Německo státní zastupitelství, v jejichž obvodu působnosti má být podle očekávání hranice překročena.

(2) Jestliže nelze s ohledem na zvláštní naléhavost věci požádat o předchozí souhlas druhé smluvní strany, smějí úředníci pokračovat ve sledování osoby dál přes hranici za níže uvedených podmínek:

1. Der Grenzübertritt ist noch während der Observation unverzüglich der in Absatz 5 bezeichneten Zentralstelle des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation fortgesetzt werden soll, mitzuteilen; anstelle dieser Zentralstelle kann in der Bundesrepublik Deutschland auch das Bayerische Landeskriminalamt oder das Landeskriminalamt Sachsen benachrichtigt werden.
2. Ein Ersuchen nach Absatz 1, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die einen Grenzübertritt ohne vorherige Zustimmung rechtfertigen, ist unverzüglich nachzureichen.

Die Observation ist einzustellen, sobald der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation stattfindet, aufgrund der Mitteilung nach Ziffer 1 oder des Ersuchens nach Ziffer 2 dies verlangt oder wenn die Zustimmung nicht fünf Stunden nach Grenzübertritt vorliegt.

(3) Die Observation nach den Absätzen 1 und 2 ist ausschließlich unter den nachstehenden allgemeinen Voraussetzungen zulässig:

1. Die observierenden Beamten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und das Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet sie auftreten, gebunden; sie haben Anordnungen der örtlich zuständigen Behörden zu befolgen.
2. Bei der Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation unterliegen Beamte des einen Vertragsstaates denselben verkehrsrechtlichen Bestimmungen wie die Beamten des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation fortgesetzt wird. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die jeweils geltende Rechtslage.
3. Zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Observation erforderliche technische Mittel dürfen zu den Bedingungen des Rechts des Vertragsstaates eingesetzt werden, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation fortgesetzt wird.
4. Vorbehaltlich der Fälle des Absatzes 2 führen die Beamten während der Observation ein Dokument mit sich, aus dem sich ergibt, dass die Zustimmung erteilt worden ist.
5. Die observierenden Beamten müssen in der Lage sein, jederzeit ihre amtliche Funktion nachzuweisen.
6. Die observierenden Beamten dürfen während der Observation ihre Dienstwaffe mit sich führen, es sei denn, der ersuchte Vertragsstaat hat dem ausdrücklich widersprochen; der Gebrauch ist mit Ausnahme des Falles der Notwehr nicht zulässig.
7. Das Betreten von Wohnungen und öffentlich nicht zugänglichen Grundstücken ist nicht zulässig. Im Übrigen dürfen Gebäude nur betreten werden, soweit es um öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- oder Geschäftsräume während der Arbeits-, Betriebs- oder Geschäftszeit geht.
8. Die observierenden Beamten sind nicht befugt, die observierte Person anzuhalten oder festzunehmen.
9. Über jede Observation wird den Behörden des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation stattgefunden hat, Bericht erstattet; dabei kann das persönliche Erscheinen der observierenden Beamten gefordert werden.
10. Die Behörden des Vertragsstaates, aus dessen Hoheitsgebiet die observierenden Beamten kommen, unterstützen auf Ersuchen die nachträglichen Ermittlungen einschließlich gerichtlicher Verfahren des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet eingeschritten wurde.

(4) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Beamten sind

- für die Bundesrepublik Deutschland: die Beamten der Polizei des Bundes und der Länder sowie die Beamten des Zollfahndungsdienstes;
- für die Tschechische Republik: die Beamten der Polizei- und Zollbehörden.

1. Přejechod hranic musí být oznámen ještě v průběhu sledování ústřednímu místu smluvního státu, označenému v odstavci (5), na jehož výsoštném území se má ve sledování pokračovat; namísto tohoto ústředního orgánu lze v SRN informovat také Bavorský zemský kriminální úřad nebo Zemský kriminální úřad Saska.

2. Bezodkladně bude podána dodatečná žádost o právní pomoc podle odstavce (1), v níž budou také uvedeny důvody pro překročení hranic bez předchozího souhlasu.

Sledování je třeba zastavit, jakmile to bude na základě sdělení podle bodu 1 nebo dožádání podle bodu 2 požadovat smluvní stát, na jehož výsoštném území se sledování provádí, nebo jestliže souhlas nebude udělen do pěti hodin od překročení hranice.

(3) Sledování podle odstavců (1) a (2) je přípustné výlučně za níže uvedených všeobecných předpokladů:

1. Úředníci provádějící sledování jsou vázáni tímto článkem a právem smluvního státu, na jehož výsoštném území vystupují; musí dodržovat nařízení místně příslušných orgánů.
2. Při provádění přeshraničního sledování podléhají úředníci smluvního státu stejným dopravně-právním předpisům jako úředníci smluvního státu, na jehož výsoštném území sledování pokračuje. Smluvní státy se budou vzájemně informovat o platném stavu práva.
3. Technické prostředky, potřebné pro podporu přeshraničního sledování, smějí být nasazeny za podmínek stanovených právním řádem smluvního státu, na jehož výsoštném území se má ve sledování pokračovat.
4. S výhradou případů podle odstavce (2) mají úředníci u sebe během sledování dokument, ze kterého vyplývá, že souhlas byl udělen.
5. Úředníci provádějící sledování musí být s to prokázat kdykoli svou úřední funkci.
6. Úředníci provádějící sledování smějí nosit během sledování svou služební zbraň, ledaže by s tím dožádaný smluvní stát výslovně nesouhlasil; její použití s výjimkou případu nutné obrany je nepřipustné.
7. Vstup do bytů a na veřejně nepřístupné pozemky je nepřipustný. Do budov lze vstupovat pouze tehdy, jedná-li se o veřejně přístupné pracovní, provozní nebo obchodní prostory, během pracovní, provozní nebo obchodní doby.
8. Úředníci provádějící sledování nejsou oprávněni sledovanou osobu zastavit nebo zadržet.
9. O každém sledování bude orgánům smluvního státu, na jehož výsoštném území se sledování provádělo, podána zpráva; přitom lze vyžadovat, aby se úředník provádějící sledování dostavil osobně.
10. Orgány smluvního státu, z jehož výsoštného území přicházejí úředníci provádějící sledování, budou na požádání podporovat dodatečná vyšetřování včetně soudních řízení smluvního státu, na jehož výsoštném území byl zásah prováděn.

(4) Úředníky označenými v odstavcích (1) a (2) jsou:

- za Českou republiku: úředníci policejních a celních orgánů;
- za Spolkovou republiku Německo: úředníci Federální policie, policíi spolkových zemí a úředníci Celní pátrací služby.

- (5) Die in den Absätzen 1 und 2 genannte Zentralstelle ist
- für die Bundesrepublik Deutschland: das Bundeskriminalamt oder – bei strafbaren Handlungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr – das Zollkriminalamt;
 - für die Tschechische Republik: das Polizeipräsidium der Tschechischen Republik oder – bei strafbaren Handlungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr – die Generalzoll-direktion.

Artikel 20

(Kontrollierte Lieferung)

(1) Auf Antrag des ersuchenden Vertragsstaates kann der ersuchte Vertragsstaat die kontrollierte Einfuhr in sein Hoheitsgebiet, die kontrollierte Durchfuhr oder die kontrollierte Ausfuhr, insbesondere von Betäubungsmitteln, Grundstoffen und Geräten zur Herstellung von Betäubungsmitteln, Waffen, Sprengstoffen, Falschgeld sowie Gegenständen, die aus Straftaten herrühren oder zur Begehung von Straftaten bestimmt sind, gestatten, wenn der ersuchende Vertragsstaat darlegt, dass ohne diese Maßnahme die Ermittlung von Hinterleuten und anderen Tatbeteiligten oder die Aufdeckung von Verteilerwegen aussichtslos wäre oder wesentlich erschwert würde. Wenn von der Ware ein besonderes Risiko für die an der Lieferung beteiligten Personen oder für die Allgemeinheit ausgeht, so kann der ersuchte Vertragsstaat das Ersuchen unter weiteren Bedingungen bewilligen oder es ablehnen.

(2) Der ersuchte Vertragsstaat übernimmt die Kontrolle der Lieferung beim Grenzübergang oder an einem vereinbarten Übergabepunkt, um eine Kontrollunterbrechung zu vermeiden. Er stellt im weiteren Verlauf der Lieferung deren ständige Überwachung in der Form sicher, dass er zu jeder Zeit die Möglichkeit des Zugriffs auf die Täter oder die Waren hat. Beamte des ersuchenden Vertragsstaates können in Absprache mit dem ersuchten Vertragsstaat die kontrollierte Lieferung nach der Übernahme zusammen mit den übernehmenden Beamten des ersuchten Vertragsstaates weiter begleiten. Sie sind hierbei an die Bestimmungen dieses Artikels und das Recht des ersuchten Vertragsstaates gebunden; sie haben die Anordnungen der Beamten des ersuchten Vertragsstaates zu befolgen und Maßgaben zu beachten, die der ersuchte Vertragsstaat auf der Grundlage seiner innerstaatlichen Rechtsvorschriften für die Verwendung von Ermittlungsergebnissen auf dem Gebiet des anderen Vertragsstaates festgelegt hat.

(3) Ersuchen um kontrollierte Lieferungen, die in einem Drittstaat beginnen oder fortgesetzt werden, wird nur stattgegeben, wenn im Ersuchen dargelegt ist, dass die Erfüllung der Voraussetzungen gemäß Absatz 2 Sätze 1 und 2 auch vom Drittstaat gewährleistet wird.

(4) Die Bestimmungen des Artikels 19 Absatz 1 Sätze 4 bis 6 und Absätze 4 und 5 dieses Vertrages finden entsprechende Anwendung. Beginnt die kontrollierte Lieferung in der Bundesrepublik Deutschland, so ist das Ersuchen an die Staatsanwaltschaft zu richten, von deren Bezirk der kontrollierte Transport ausgeht.

Artikel 21

(Verdeckte Ermittlung)

(1) Bedarf es im Rahmen der von den Behörden des ersuchenden Vertragsstaates geführten Ermittlungen wegen einer Straftat, die nach dem Recht beider Vertragsstaaten mit Strafe bedroht ist, des Einsatzes eines Beamten der Polizei oder einer anderen Behörde, der nach deutschem Recht die Stellung eines Verdeckten Ermittlers oder nach tschechischem Recht die Stellung eines „agent“ hat – im Folgenden als Polizeibeamter bezeichnet –, auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates, so kann dieser auf besonderes Ersuchen hierzu seine Zustimmung erteilen. Der ersuchende Vertragsstaat stellt ein solches Ersuchen nur dann, wenn die Aufklärung des Sachverhalts ohne die geplante Maßnahme wesentlich erschwert wäre. Im Ersuchen muss die

(5) Ústředním místem uvedeným v odstavcích (1) a (2) je:

- za Českou republiku: Policejní prezídium České republiky, nebo v případě trestných činů v oblasti přeshraničního pohybu zboží Ministerstvo financí – Generální ředitelství cel;
- za Spolkovou republiku Německo: Spolkový kriminální úřad (Bundeskriminalamt) nebo – v případě trestných činů v oblasti přeshraničního pohybu zboží – Celní kriminální úřad (Zollkriminalamt).

Článek 20

(Sledovaná zásilka)

(1) Na žádost dožadujícího smluvního státu může dožádaný smluvní stát na svém výsostném území povolit sledovaný dovoz, průvoz nebo vývoz, zvláště v případě nedovoleného obchodu s omamnými prostředky, surovinami a přístroji k výrobě omamných látek, se zbraněmi, trhavinami, falešnými penězi a jinými věcmi, pocházejícími z trestné činnosti nebo určenými ke spáchání trestného činu, jestliže dožadující stát zdůvodní, že bez takového opatření by bylo zjištění organizátorů a jiných účastníků činu nebo odhalení distribučních cest bez vyhlídky na úspěch nebo značně ztíženo. Jestliže zboží přináší zvláštní riziko pro osoby podléající se na zásilce nebo pro veřejnost, může dožádaný smluvní stát vyhovění žádosti dále podmínit, nebo žádost odmítnout.

(2) Dožádaný smluvní stát převezme kontrolu nad zásilkou při překročení hranic nebo v dohodnutém místě předání, aby se zabránilo přerušení sledování. V dalším průběhu zásilky zajistí její neustálé sledování takovou formou, aby měl ve kteroukoliv dobu možnost zakročit proti pachatelům nebo zboží. Úředníci dožadujícího smluvního státu mohou po dohodě s dožádaným smluvním státem po předání sledovanou zásilku dále doprovázet společně s úředníky dožádaného smluvního státu. Přitom jsou vázáni ustanoveními tohoto článku a právem dožádaného smluvního státu; musejí uposlechnout příkazů úředníků dožádaného smluvního státu a dodržovat podmínky, které stanovil dožádaný smluvní stát na základě svých vnitrostátních právních předpisů pro použití výsledků vyšetřování na území druhého smluvního státu.

(3) Dožádáním o sledování zásilek, začínajících nebo pokračujících ve třetím státu, bude vyhověno pouze tehdy, bude-li v dožádání uvedeno, že je splněno podmínky odstavce (2) věty 1 a 2 zajištěno také třetím státem.

(4) Ustanovení článku 19 odstavce (1), věty 4 až 6 a odstavce (4) a (5) této smlouvy budou použita obdobně. Jestliže sledování zásilky začíná ve Spolkové republice Německo, pak dožádání je třeba adresovat státnímu zastupitelství, z jehož obvodu působnosti sledovaný transport vychází.

Článek 21

(Skryté vyšetřování)

(1) Pokud je zapotřebí v rámci vyšetřování prováděného orgány dožadujícího smluvního státu pro trestný čin, za který hrozí trest podle práva obou smluvních států, nasazení úředníka policie nebo jiného orgánu, který má podle českého práva postavení agenta nebo podle německého práva postavení skrytého vyšetřovatele („Verdeckter Ermittler“) – dále jen „policejní úředník“ – na výsostném území smluvního státu, pak k tomu tento stát může na zvláštní žádost udělit souhlas. Dožadující smluvní stát podá takovou žádost pouze tehdy, jestliže by bylo podstatně ztíženo objasnění skutkového stavu bez plánovaného opatření. V dožádání nemusí být uvedena skutečná totožnost policejního úředníka. Pro dožádání podle věty 1

wahre Identität des Polizeibeamten nicht offenbart werden. Für Ersuchen nach Satz 1 gilt der unmittelbare Geschäftsweg zwischen den Staatsanwaltschaften gemäß Artikel 11 Absatz 1 dieses Vertrages. Die ersuchende Behörde unterrichtet gleichzeitig die in Absatz 8 bezeichnete Zentralstelle des ersuchten Vertragsstaates über das Ersuchen.

(2) Die Ermittlungen auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates beschränken sich auf einzelne, zeitlich begrenzte Einsätze. Die Vorbereitung der Einsätze erfolgt in enger Abstimmung zwischen den beteiligten Behörden der Vertragsstaaten. Die Leitung der Einsätze und die Gewährleistung der Sicherheit des Polizeibeamten obliegt einem Beamten des ersuchten Vertragsstaates; das Handeln der Polizeibeamten des ersuchenden Vertragsstaates ist dem ersuchten Vertragsstaat zuzurechnen. Dieser Vertragsstaat kann jederzeit die Beendigung der Ermittlungen verlangen.

(3) Die Bewilligung der Tätigkeit des Polizeibeamten und die Bedingungen, unter denen sie stattzufinden hat, richten sich nach dem Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Tätigkeit stattfindet.

(4) Der Polizeibeamte darf während des Einsatzes seine Dienstwaffe und technische Mittel, die zur Absicherung seines Einsatzes erforderlich sind, mit sich führen, es sei denn, der ersuchte Vertragsstaat hat dem ausdrücklich widersprochen. Der Gebrauch der Dienstwaffe ist mit Ausnahme des Falles der Notwehr nicht zulässig.

(5) Kann wegen besonderer Dringlichkeit eine vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates nicht beantragt werden und liegen die rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Polizeibeamten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates vor, sind diese ausnahmsweise ohne vorherige Zustimmung befugt, auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig zu werden, soweit andernfalls die Gefahr droht, dass die veränderte Identität aufgedeckt würde. Das Tätigwerden des Polizeibeamten hat sich in diesen Fällen auf das zur Aufrechterhaltung seiner Legende und zur Gewährleistung seiner Sicherheit unumgänglich notwendige Maß zu beschränken. Die Einreise ist unverzüglich den in den Absätzen 1 und 8 bezeichneten Behörden des anderen Vertragsstaates anzuzeigen; dieser Vertragsstaat kann jederzeit die Beendigung des Einsatzes verlangen. Ein Ersuchen, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die eine Einreise ohne vorherige Zustimmung rechtfertigen, ist unverzüglich nachzureichen. Verdeckte Ermittlungen nach diesem Absatz sind auf folgende Gebiete beschränkt:

1. in der Bundesrepublik Deutschland

- im Freistaat Bayern auf die Regierungsbezirke Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken sowie Oberbayern;
- im Freistaat Sachsen auf die Regierungsbezirke Dresden und Chemnitz;
- im Freistaat Thüringen auf die Landkreise Altenburg, Greiz, Saale-Orla-Kreis, Saale-Holzland-Kreis, Saalfeld-Rudolstadt, Sonneberg, Weimarer Land, Ilm-Kreis und Hildburghausen sowie die Kreisfreien Städte Erfurt, Gera, Jena, Suhl und Weimar;

2. in der Tschechischen Republik auf die Kreise Děčín/Tetschen, Ústí nad Labem/Aussig, Teplice/Teplitz-Schöna, Most/Brüx, Chomutov/Kommutau, Sokolov/Falkenau, Karlovy Vary/Karlsbad, Cheb/Eger, Liberec/Reichenberg, Česká Lípa/Böhmisch Leipa, Litomerice/Leitmeritz, Louny/Laun, Tachov/Tachau, Jablonec nad Nisou/Gablonz, Mělník/Melnik, Kladno/Kladno, Rakovník/Rakonitz, Plzeň-sever/Pilsen-Nord, Plzeň-jih/Pilsen-Süd, Domažlice/Taus, Rokycany/Rokitzen, Beroun/Beraun, Praha-východ/Prag-Ost, Praha-západ/Prag-West, Mladá Boleslav/Jungbunzlau, Semily/Semil, Trutnov/Trautenau, Jičín/Jitschin, Příbram/Přibram, Klatovy/Klattau, Strakonice/Strakonitz, Písek/Pisek, Prachatice/Prachatitz, České Budějovice/Budweis, Český Krumlov/Krummau sowie auf die Hauptstadt Praha/Prag und die Stadt Plzeň/Pilsen.

platí přímý styk mezi státními zastupitelstvími podle článku 11 odstavce (1) této smlouvy. Dožadující stát uvědomí o žádosti ústřední místo dožádaného státu uvedené v odstavci (8).

(2) Vyšetřování na výsoštném území dožádaného smluvního státu se omezí na jednotlivá časově omezená nasazení. Příprava nasazení probíhá v úzké koordinaci mezi zúčastněnými orgány smluvních států. Vedení nasazení a zajištění bezpečnosti policejního úředníka přísluší úředníku dožádaného smluvního státu; úkony úředníků dožadujícího smluvního státu se přičítají dožádanému smluvnímu státu. Ten může kdykoli žádat, aby vyšetřování bylo ukončeno.

(3) Povolení činnosti policejního úředníka a podmínky, za nichž má být činnost prováděna, se řídí podle práva toho smluvního státu, na jehož výsoštném území se činnost provádí.

(4) Policejní úředník smí během nasazení s sebou mít služební zbraň a technické prostředky potřebné k zajištění jeho nasazení, ledaže by s tím dožádaný smluvní stát výslovně nesouhlasil. Použití služební zbraně s výjimkou případu nutné obrany je nepřipustné.

(5) Není-li pro zvláštní naléhavost možno požádat o předchozí souhlas druhého smluvního státu a existují-li právní předpoklady pro nasazení policejního úředníka na výsoštném území druhého smluvního státu, jsou policejní úředníci výjimečně bez předchozího souhlasu oprávněni působit na výsoštném území druhého smluvního státu, pokud by v opačném případě hrozilo nebezpečí odhalení změněné totožnosti. Působení policejního úředníka se v takových případech omezí na míru nevyhnutelně nutnou pro zachování jeho legendy a zajištění jeho bezpečnosti. Vstup na území musí být bezodkladně oznámen orgánům druhého smluvního státu, označeným v odstavcích (1) a (8); tento smluvní stát může kdykoli žádat, aby nasazení bylo ukončeno. Je třeba bezodkladně podat dodatečnou žádost, ve které jsou uvedeny důvody pro vstup na území bez předchozího souhlasu. Skrytá vyšetřování podle tohoto odstavce jsou omezena na oblasti:

1. v České republice na okresy:

- Děčín, Ústí nad Labem, Teplice, Most, Chomutov, Sokolov, Karlovy Vary, Cheb, Liberec, Česká Lípa, Litoměřice, Louny, Tachov, Jablonec nad Nisou, Mělník, Kladno, Rakovník, Plzeň-sever, Plzeň-jih, Domažlice, Rokycany, Beroun, Praha-východ, Praha-západ, Mladá Boleslav, Semily, Trutnov, Jičín, Příbram, Klatovy, Strakonice, Písek, Prachatice, České Budějovice, Český Krumlov, jakož i hlavní město Praha a město Plzeň

2. ve Spolkové republice Německo:

- ve Svobodném státu Bavorsko na kraje Niederbayern/Dolní Bavorsko, Oberpfalz/Horní Falc, Oberfranken/Horní Franky, Mittelfranken/Střední Franky a Oberbayern/Horní Bavorsko;
- ve Svobodném státu Sasko na kraje Dresden/Drážd'aný, a Chemnitz/Saská Kamenice;
- ve Svobodném státu Durynsko na okresy Altenburg, Greiz, Saale-Orla-Kreis, Saale-Holzland-Kreis, Saalfeld-Rudolstadt, Sonneberg, Weimarer Land, Ilm-Kreis a Hildburghausen, jakož i města Erfurt, Gera, Jena, Suhl a Weimar/Výmar.

(6) Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend, wenn das Ersuchen von dem Vertragsstaat ausgeht, auf dessen Hoheitsgebiet die Tätigkeit eines Polizeibeamten des anderen Vertragsstaates erfolgen soll.

(7) Die Vertragsstaaten werden alles unternehmen, um die Identität des Polizeibeamten auch nach Beendigung seines grenzüberschreitenden Einsatzes geheim zu halten und seine Sicherheit zu gewährleisten.

(8) Die in Absatz 1 genannte Zentralstelle ist

- für die Bundesrepublik Deutschland: das Bundeskriminalamt oder – bei strafbaren Handlungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr – das Zollkriminalamt;
- für die Tschechische Republik: das Polizeipräsidium der Tschechischen Republik.

(9) Durch die vorstehenden Absätze wird nicht ausgeschlossen, dass ein Vertragsstaat auf seinem Hoheitsgebiet einen eigenen Polizeibeamten auf Ersuchen des anderen Vertragsstaates einsetzt.

(10) Durch die vorstehenden Absätze wird nicht ausgeschlossen, dass auf Ersuchen eines Vertragsstaates sonstige Beamte dieses Vertragsstaates in dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates verdeckt Handlungen vornehmen, die auf die Aufklärung von Straftaten gerichtet sind. Absätze 5 und 9 finden entsprechende Anwendung.

Artikel 22

(Zusammenarbeit bei Ermittlungen)

(1) Bei der Ermittlung wegen Straftaten, die das Interesse beider Vertragsstaaten berühren, kann im gegenseitigen Einvernehmen eine Koordinierungsgruppe aus Beamten beider Vertragsstaaten gebildet werden. Die Gruppe dient der Abstimmung und der Unterstützung der im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates oder beider Vertragsstaaten durchgeführten Ermittlungen.

(2) Sind bei den Ermittlungen spezielle Fachkenntnisse erforderlich, kann ein Vertragsstaat auf Ersuchen des anderen Vertragsstaates eigene Fachleute zur Unterstützung der Ermittlungen des anderen Vertragsstaates entsenden.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Gruppen arbeiten unter folgenden Voraussetzungen:

1. Ihre Einrichtung erfolgt nur für einen bestimmten Zweck und für einen begrenzten Zeitraum.
2. Die teilnehmenden Bediensteten sind an das Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz der Gruppe erfolgen soll, gebunden.
3. Die Mitgliedschaft in der Gruppe begründet für die daran beteiligten Bediensteten keine Befugnis zu Festnahmen, Durchsuchungen, Vernehmungen oder anderen Maßnahmen, mit denen in vergleichbarer Weise in Rechte von Personen auf dem Gebiet des anderen Vertragsstaates eingegriffen wird.

Artikel 23

(Rechtshilfeverkehr der Polizeibehörden)

(1) Die Bestimmungen des Übereinkommens und dieses Vertrages gelten auch für die Zusammenarbeit der Polizeibehörden der Vertragsstaaten in strafrechtlichen Angelegenheiten, mit denen die Polizei befasst ist. Die Polizeibehörden der Vertragsstaaten unterstützen einander im Rahmen ihres innerstaatlichen Strafverfahrensrechts insbesondere durch

1. Fahndung,
2. Personenfeststellung,
3. Mitteilung von Erkenntnissen aus polizeilichen Unterlagen und Erteilung von sonstigen Auskünften,
4. Halterfeststellungen und Fahrerermittlungen,

(6) Odstavce (1) až (4) platí obdobně v případě, e žádost podává smluvní stát, na jehož výsostném území má být prováděna činnost policejního úředníka druhého smluvního státu.

(7) Smluvní státy učiní vše pro utajení totožnosti a zajištění bezpečnosti policejního úředníka i po ukončení jeho přeshraničního nasazení.

(8) Ústředním místem uvedeným v odstavci 1 je:

- za Českou republiku: Policejní prezidium České republiky;
- za Spolkovou republiku Německo: Spolkový kriminální úřad (Bundeskriminalamt) nebo v případě trestných činů v oblasti přeshraničního pohybu zboží Celní kriminální úřad (Zollkriminalamt).

(9) Odstavci výše uvedenými není vyloučeno, aby jeden smluvní stát na žádost druhého smluvního státu nasadil na svém výsostném území svého vlastního policejního úředníka.

(10) Odstavci uvedenými výše není vyloučeno, aby na žádost jednoho smluvního státu jiní úředníci tohoto smluvního státu prováděli skrytě vyšetřování na výsostném území druhého smluvního státu, směřující k objasnění trestných činů. Odstavce (5) a (9) budou použity obdobně.

Článek 22

(Spolupráce při vyšetřování)

(1) Při vyšetřování trestných činů, dotýkajících se zájmu obou smluvních států, lze ve vzájemné dohodě vytvořit koordinační skupinu z úředníků obou států. Skupina slouží ke koordinaci a podpoře vyšetřování, prováděných na výsostném území jednoho smluvního státu nebo obou smluvních států.

(2) Jestliže je při vyšetřování zapotřebí speciálních odborných znalostí, může jeden smluvní stát na žádost druhého smluvního státu vyslat vlastní odborníky na podporu vyšetřování prováděného druhým smluvním státem.

(3) Skupiny uvedené v odstavcích (1) a (2) pracují za níže uvedených předpokladů:

1. Jsou zřízeny pouze pro určitý účel a na omezené časové období.
2. Zúčastnění zaměstnanci jsou vázáni právem smluvního státu, na jehož výsostném území má být skupina nasazena.
3. Členství ve skupině nezakládá pro zúčastněné zaměstnance pravomoc k zadržení osob, prohlídkám, výslechům nebo jiným opatřením, jimiž je srovnatelným způsobem zasahováno do práv osob na výsostném území druhého smluvního státu.

Článek 23

(Styk policejních orgánů při právní pomoci)

(1) Ustanovení Úmluvy a této smlouvy platí také pro spolupráci policejních orgánů smluvních států v trestněprávních záležitostech, jimiž se zabývá policie. Policejní orgány smluvních států se v rámci jejich vnitrostátního trestně-procesního práva vzájemně podporují především:

1. pátráním
2. zjišťováním osob
3. sdělováním poznatků z policejních podkladů a poskytováním dalších informací
4. zjišťováním držitelů a řidičů vozidel

5. Feststellung von Telefonanschlusshabern,
6. Spurenabklärungen,
7. polizeiliche Vernehmungen,
8. Ermittlung der Aussagebereitschaft von Personen.

(2) Die polizeiliche Zusammenarbeit nach diesem Artikel erfolgt über das Bundeskriminalamt der Bundesrepublik Deutschland und das Polizeipräsidium der Tschechischen Republik. Eine Übermittlung und Beantwortung von Ersuchen unmittelbar zwischen den zuständigen Polizeibehörden der Vertragsstaaten kann erfolgen, soweit

1. sich der grenzüberschreitende Dienstverkehr auf Straftaten bezieht, bei denen der Schwerpunkt der Tat und ihrer Verfolgung in den Grenzgebieten liegt,
2. die Ersuchen nicht rechtzeitig über den Geschäftsweg zwischen den nationalen Zentralstellen gestellt werden können oder
3. eine direkte Zusammenarbeit aufgrund von tat- oder täterbezogenen Zusammenhängen im Rahmen abgrenzbarer Fallgestaltungen zweckmäßig ist und dazu das Einvernehmen der jeweiligen nationalen Zentralstellen vorliegt.

(3) Als Grenzgebiete im Sinne des Absatzes 2 gelten die Zuständigkeitsbereiche folgender Polizeibehörden:

1. in der Bundesrepublik Deutschland
 - a) im Freistaat Bayern die Polizeipräsidien Niederbayern/Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Oberbayern, München sowie die Grenzschutzbehörde Schwandorf;
 - b) im Freistaat Sachsen die Polizeipräsidien Dresden, Chemnitz, die Landespolizeidirektion Zentrale Dienste bezüglich der Wasserschutzpolizei sowie die Grenzschutzbehörde Pirna und die Grenzschutzbehörde Chemnitz;
2. in der Tschechischen Republik die Polizei der Tschechischen Republik, Verwaltung des Südböhmischen Bezirkes, Česke Budějovice/Budweis, Verwaltung des Westböhmischen Bezirkes, Plzeň/Pilsen und Verwaltung des Nordböhmischen Bezirkes, Ústí nad Labem/Aussig.

5. zjišť'ováním účastníků telefonních stanic
6. objasňováním skutečností s využitím stop
7. policejními výslechy
8. zjišť'ováním ochoty osob vypovídat.

(2) Policejní spolupráce podle tohoto článku se uskutečňuje prostřednictvím Policejního prezidia České republiky a Spolkového kriminálního úřadu Spolkové republiky Německo. Předání a vyřízení žádostí přímo mezi příslušnými policejními orgány smluvních států je možné, pokud:

1. se přeshraniční služební styk vztahuje na trestné činy, kde se těžiště činu a jejich stíhání nachází v příhraničních oblastech
2. nelze žádost předat včas služební cestou mezi vnitrostátními ústředními místy, nebo
3. je přímá spolupráce účelná s ohledem na souvislosti, týkající se činu nebo pachatele v rámci vymezeného charakteru případu a existuje k tomu souhlas příslušných vnitrostátních ústředních míst.

(3) Za příhraniční oblasti ve smyslu odstavce (2) se považují oblasti působnosti těchto policejních orgánů:

1. v České republice

Policie České republiky, Správa Jihočeského kraje, České Budějovice, Správa Západočeského kraje, Plzeň a Správa Severočeského kraje, Ústí nad Labem
2. ve Spolkové republice Německo
 - a) ve Svobodném státu Bavorsko Policejní prezidia Niederbayern/Oberpfalz/Dolní Bavorsko/Horní Falc, Oberfranken/Horní Franky, Mittelfranken/Střední Franky, Oberbayern/Horní Bavorsko, München/Mnichov, jakož i Úřad ochrany hranic Schwandorf
 - b) ve Svobodném státě Sasko Policejní prezidia Dresden/Drážďany, Chemnitz/Saská Kamenice, Zemské policejní ředitelství Centrálních služeb v záležitostech říční policie, jakož i Úřad ochrany hranic Pirna a Úřad ochrany hranic Saská Kamenice/Chemnitz.

Kapitel III

Schutz personenbezogener Daten

Artikel 24

(Definition)

Personenbezogene Daten, im Folgenden Daten genannt, sind Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbarer natürlichen Person.

Artikel 25

(Zweckbindung)

(1) Die Verwendung der aufgrund des Übereinkommens oder dieses Vertrages übermittelten Daten ist nur für die dort bezeichneten Zwecke zulässig, für die die Daten übermittelt worden sind, und zu den durch die übermittelnde Stelle im Einzelfall vorgegebenen Bedingungen. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig:

1. für Zwecke, für die die Daten ebenfalls nach dem Übereinkommen oder diesem Vertrag übermittelt werden dürften,
2. zur Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung,

Kapitola III

Ochrana osobních údajů

Článek 24

(Definice)

Osobní údaje, dále jen údaje, jsou jednotlivé údaje o osobních a věcných poměrech určitých nebo určitelných fyzických osob.

Článek 25

(Účel)

(1) Použití údajů předaných na základě Úmluvy nebo této smlouvy je možné pouze k účelu tam uvedenému, pro který byly údaje předány, a za podmínek, stanovených v konkrétním případě předávajícím místem. Použití je kromě toho přípustné:

1. k účelům, pro které by údaje rovněž směly být předány podle Úmluvy nebo této smlouvy,
2. k zabránění trestným činům závažného významu,

3. für gerichtliche Verfahren und Verwaltungsverfahren, die mit den Zwecken nach Satz 1 und Satz 2 Ziffern 1 und 2 zusammenhängen, sowie
 4. zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
- (2) Eine Verwendung der Daten zu weiteren als den in Absatz 1 genannten Zwecken ist nur nach vorheriger Zustimmung des übermittelnden Vertragsstaates zulässig.
3. pro soudní a správní řízení související s účely podle věty 1 a věty 2 bod 1 a 2, jakož i
 4. k odvrácení závažných ohrožení veřejné bezpečnosti.
- (2) Použití údajů k dalším jiným účelům, než jsou uvedeny v odstavci (1), je přípustné pouze po předchozím souhlasu předávajícího smluvního státu.

Artikel 26

(Zusätzliche Bestimmungen)

Zusätzlich gelten bei der Übermittlung und Verwendung von Daten unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die übermittelten Daten, deren Verwendung und die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Bei der Übermittlung der Daten ist auf Vollständigkeit zu achten. Es sind nur die Daten zu übermitteln, die das gestellte Ersuchen betreffen. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass Daten unvollständig oder falsch oder unter Verstoß gegen nationale Übermittlungsverbote übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
3. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck und den Zweck der Speicherung Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
4. Die übermittelnde und die empfangende Stelle halten die Übermittlung und den Empfang der Daten in geeigneter Weise fest.
5. Die übermittelnde und die empfangende Stelle schützen die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe.
6. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach dem Übereinkommen oder diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, so haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadenersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

Artikel 27

(Datenbearbeitung auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei)

(1) Die Regelungen dieses Kapitels gelten auch für Daten, die durch grenzüberschreitende Tätigkeit auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates erhoben worden sind. Dabei sind die besonderen Bedingungen, die von dem ersuchten Vertragsstaat im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Maßnahme gestellt werden, zu beachten.

(2) Beamten, die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, darf durch diesen Vertragsstaat nur unter Leitung eines seiner Beamten der Zugriff auf amtliche Datensammlungen gewährt werden.

Článek 26

(Dodatečná ustanovení)

Pro předávání údajů a jejich použití platí dále pro každý smluvní stát vedle jeho platných právních předpisů tato ustanovení:

1. Příjemce informuje na žádost předávající místo o předaných údajích, jejich použití a o výsledcích tím dosažených.
2. Při předávání údajů je třeba dbát na jejich úplnost. Předávat lze pouze údaje, týkající se podaného dožádání. Přitom je třeba dodržovat zákaz předávání údajů podle daného vnitrostátního práva. Pokud vyjde najevo, že byly předány údaje neúplné nebo nesprávné nebo že jejich předáním byl porušen vnitrostátní zákaz předávání údajů, je to třeba bezodkladně příjemci sdělit. Ten je povinen tyto údaje opravit, nebo zničit.
3. Dotčené osobě bude na žádost poskytnuta informace o údajích, které o ní existují, jakož i o předpokládaném účelu jejich použití a účelu jejich uložení. Povinnost poskytnout informaci nenastává, pokud na základě uvážení veřejný zájem informaci neposkytnout převažuje nad zájmem dotčeného informací obdržet. Jinak se právo dotčeného na obdržení informace o údajích o jeho osobě řídí podle vnitrostátního práva smluvního státu, na jehož výsostném území je informace vyžadována.
4. Předávající a přijímající místo musí předání a příjem údajů vhodným způsobem zaevidovat.
5. Předávající a přijímající místa chrání předávané údaje účinně před neoprávněným přístupem, neoprávněným pozměněním a neoprávněným zveřejněním.
6. Bude-li někdo v důsledku předání údajů v rámci výměny dat podle Úmluvy nebo této smlouvy protiprávně poškozen, pak odpovědnost za škodu vůči němu má přijímající místo podle svých vnitrostátních předpisů. Ve vztahu k poškozenému se nemůže vyvinutí odvoláním na to, že škoda byla způsobena předávajícím místem. Poskytne-li přijímající místo náhradu škody, která vznikla použitím nesprávně předaných údajů, pak předávající místo nahradí přijímajícímu místu celkovou částku poskytnuté náhrady škody.

Článek 27

(Zpracování údajů na výsostném území druhého smluvního státu)

(1) Ustanovení této kapitoly platí také pro údaje pořízené přeshraniční činností na výsostném území druhého smluvního státu. Přitom je třeba dodržovat zvláštní podmínky stanovené dožádaným státem v souvislosti s přeshraničním opatřením.

(2) Úředníkům, činným na výsostném území druhého smluvního státu, smí tento stát poskytnout přístup k úředním souborům údajů pouze pod vedením svého vlastního úředníka.

Kapitel IV
Allgemeine und Schlussbestimmungen

Artikel 28

(Geheimschutz)

Sollen aufgrund des Übereinkommens oder dieses Vertrages Daten übermittelt werden, die nach dem Recht des übermittelnden Vertragsstaates einer Geheimhaltungspflicht unterliegen und als solche gekennzeichnet sind, kann dieser ihre Übermittlung davon abhängig machen, dass der empfangende Vertragsstaat die Geheimhaltungspflicht beachtet.

Artikel 29

(Rechtsstellung der Beamten im Bereich des Strafrechts)

Die Beamten, die nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, sind in Bezug auf Straftaten, die sie begehen oder die ihnen gegenüber begangen werden, den Beamten des anderen Vertragsstaates gleichgestellt.

Artikel 30

(Haftung)

(1) Die Vertragsstaaten verzichten wechselseitig auf alle Entschädigungsansprüche wegen des Verlustes oder der Beschädigung von Vermögenswerten, die ihnen oder Verwaltungsorganen gehören, wenn der Schaden von einem Beamten bei der Erfüllung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages verursacht worden ist.

(2) Die Vertragsstaaten verzichten wechselseitig auf alle Entschädigungsansprüche wegen Verletzung oder des Todes eines Beamten, wenn der Schaden bei der Erfüllung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages verursacht worden ist. Ersatzansprüche des Beamten oder seiner Hinterbliebenen bleiben hiervon unberührt.

(3) Wird durch einen Beamten des einen Vertragsstaates bei der Erfüllung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einem Dritten Schaden zugefügt, so haftet für den Schaden der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet der Schaden eingetreten ist, nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch einen eigenen sachlich und örtlich zuständigen Beamten verursachten Schadens Anwendung finden würden.

(4) Der Vertragsstaat, dessen Beamte den Schaden auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates verursacht haben, erstattet dem anderen Vertragsstaat den Gesamtbetrag des Schadenersatzes, den dieser an die Geschädigten oder ihre Rechtsnachfolger geleistet hat.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatzansprüchen zu erleichtern. Sie tauschen insbesondere alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

(6) Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist.

Artikel 31

(Änderung der Behörden, Einsatzgebiete oder des Geschäftsweges)

(1) Die Vertragsstaaten zeigen einander Änderungen in der Bezeichnung oder in der Zuständigkeit der in diesem Vertrag genannten Behörden durch Verbalnote an.

(2) Die Vertragsstaaten können Änderungen des Geschäftsweges nach Artikel 19 Absatz 1 Sätze 4 bis 6 sowie nach Artikel 20 Absatz 4 dieses Vertrages sowie der Einsatzgebiete nach Artikel 21 Absatz 5 durch Verbalnotenwechsel vereinbaren.

Kapitola IV
Obecná a závěrečná ustanovení

Článek 28

(Ochrana tajemství)

Jestliže jsou na základě Úmluvy nebo této smlouvy předávány údaje podléhající podle práva předávajícího smluvního státu povinnosti utajení a jsou jako takové označeny, může tento stát podmínit předání tím, že přijímající smluvní stát dodrží povinnost utajení.

Článek 29

(Právní postavení úředníků v oblasti trestního práva)

Úředníci působící podle této smlouvy na výsostném území druhého smluvního státu jsou pro trestné činy, které spáchají nebo které jsou spáchány proti nim, postaveni na roveň úředníkům druhého smluvního státu.

Článek 30

(Odpovědnost za škody)

(1) Smluvní státy se vzájemně zřikají veškerých nároků na odškodnění za ztrátu nebo poškození majetkových hodnot, patřících jim nebo správním orgánům, jestliže škoda byla způsobena úředníkem při plnění úkolů v souvislosti s prováděním této smlouvy.

(2) Smluvní státy se vzájemně zřikají veškerých nároků na odškodnění za zranění nebo smrt úředníka, jestliže škoda vznikla při plnění úkolů v souvislosti s prováděním této smlouvy. Nároky na odškodnění úředníka nebo jeho pozůstalých tím zůstávají nedotčeny.

(3) Jestliže úředník jednoho smluvního státu způsobí při plnění úkolů v souvislosti s touto smlouvou na výsostném území druhého smluvního státu škodu třetí osobě, pak odpovědnost za škodu nese ten smluvní stát, na jehož výsostném území škoda vznikla, a to podle předpisů, které by byly použity v případě škody, způsobené vlastním věcně a místně příslušným úředníkem.

(4) Smluvní stát, jehož úředník způsobil škodu na výsostném území druhého smluvního státu, nahradí tomuto druhému smluvnímu státu celkovou částku náhrady škody, který tento smluvní stát poskytl poškozenému nebo jeho právnímu nástupci.

(5) Příslušné orgány smluvních států budou úzce spolupracovat, aby usnadnily vyřizování nároků na náhradu škody. Především si vymění veškeré jim dostupné informace o případech škod ve smyslu tohoto článku.

(6) Odstavce (1) a (2) nebudou použity, jestliže škoda byla způsobena úmyslně nebo hrubou nedbalostí.

Článek 31

(Změny orgánů, území nasazení nebo způsobu styku)

(1) Smluvní státy si verbálně nótou vzájemně oznámí změny v označení a příslušnosti orgánů uvedených v této smlouvě.

(2) Smluvní státy mohou výměnou verbálních nót dohodnout změny způsobu styku podle článku 19, odstavce (1) věta 4 až 6 a podle článku 20, odstavce (4) této smlouvy a území nasazení podle čl. 21 odstavce (5) této smlouvy.

(3) Verbalnoten gemäß den Absätzen 1 und 2 werden im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten amtlich veröffentlicht.

Artikel 32

(Zusammenkünfte von Vertretern der Vertragsstaaten)

Das Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und das Justizministerium der Tschechischen Republik werden nach Bedarf in unmittelbarem Benehmen Zusammenkünfte ihrer Vertreter vereinbaren, um die einheitliche Durchführung des Übereinkommens und dieses Vertrages sicherzustellen und bei ihrer Durchführung etwa auftretende Schwierigkeiten zu beseitigen. Soweit durch die zu erörternden Fragen der Geschäftsbereich anderer Ministerien berührt wird, werden diese eingeladen werden, sich an den Zusammenkünften zu beteiligen.

Artikel 33

(Kündigung des Übereinkommens)

Kündigt einer der Vertragsstaaten das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

Artikel 34

(Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Vertrages)

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt drei Monate nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag kann jederzeit schriftlich gekündigt werden; er tritt sechs Monate nach der Kündigung außer Kraft. Er tritt auch ohne besondere Kündigung in dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Übereinkommen zwischen den Vertragsstaaten des vorliegenden Vertrages unwirksam wird.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Prag am 2. Februar 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(3) Verbální nóty podle odstavců (1) a (2) budou na výsostném území smluvních států úředně zveřejněny.

Článek 32

(Setkávání zástupců smluvních států)

Ministerstvo spravedlnosti České republiky a Spolkové ministerstvo spravedlnosti Spolkové republiky Německo dohodnou podle potřeby přímým ujednáním setkání svých představitelů za účelem zajištění jednotného provádění Úmluvy a této smlouvy a odstranění těžkostí, které případně při jejich používání nastanou. Budou-li těmito otázkami vyžadujícími vyjasnění dotčeny působnosti jiných ministerstev, budou pozvána k účasti na těchto setkáních.

Článek 33

(Vypovězení Úmluvy)

Vypoví-li jeden ze smluvních států Úmluvu, pak výpověď ve vztahu mezi Českou republikou a Spolkovou republikou Německo nabude účinnosti dva roky po datu, kdy generální tajemník Rady Evropy takové sdělení obdrží.

Článek 34

(Nabytí a pozbytí platnosti smlouvy)

(1) Tato smlouva vyžaduje ratifikaci; ratifikační listiny budou vyměněny co nejdříve v Berlíně.

(2) Tato smlouva nabývá platnosti tři měsíce po výměně ratifikačních listin.

(3) Tato smlouva může být kdykoli písemně vypovězena; platnosti pozbývá šest měsíců po vypovězení. Smlouva rovněž pozbývá bez zvláštního vypovězení platnosti okamžikem, kdy pozbývá platnosti Úmluva mezi smluvními státy této smlouvy.

Na důkaz toho, osoby k tomu řádně zmocněné, tuto smlouvu podepsaly a opatřily svými pečeti.

Dáno v Praze dne druhého února 2000 ve dvou původních vyhotoveních v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Graf Lambsdorff
Däubler-Gmelin

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
Montejl

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Überstellung verurteilter Personen**

Vom 29. Mai 2001

I.

Das Übereinkommen vom 21. März 1983 über die Überstellung verurteilter Personen (BGBl. 1991 II S. 1006) ist nach Artikel 18 Abs. 3 und Artikel 19 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am	1. August 2000
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Andorra	am	1. November 2000
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Aserbaidschan	am	1. Mai 2001
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts und der Erklärungen		
Tonga	am	1. November 2000.

II.

Vorbehalte und Erklärungen

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär des Europarats Vorbehalte und Erklärungen notifiziert:

Albanien bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 4. April 2000:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 3, paragraph 3, the Republic of Albania declares that it intends to exclude the application of the procedures provided for in Article 9, paragraph 1, letter “a” of the Convention.

In accordance with Article 3, paragraph 4, the term “national”, for the purposes of this Convention, shall mean Albanian nationals as well as stateless persons permanently residing in Albania and persons with double nationality, in case either of them is Albanian.

In accordance with Article 17, paragraph 3, the Republic of Albania declares that it requires that requests for the transfer of sentenced persons and supporting documents be accompanied by a translation into the Albanian language or into one of the official languages of the Council of Europe.”

„Nach Artikel 3 Absatz 3 erklärt die Republik Albanien, dass sie die Absicht hat, die Anwendung der in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren auszuschließen.

Nach Artikel 3 Absatz 4 bedeutet der Begriff „Staatsangehöriger“ im Sinne des Übereinkommens albanische Staatsangehörige sowie Staatenlose, die sich ständig in Albanien aufhalten, und Doppelstaater, sofern eine ihrer Staatsangehörigkeiten die albanische ist.

Nach Artikel 17 Absatz 3 erklärt die Republik Albanien, dass sie verlangt, dass ihr die Ersuchen um Überstellung und die Unterlagen mit einer Übersetzung in die albanische Sprache oder in eine der Amtssprachen des Europarats übermittelt werden.“

Andorra bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 13. Juli 2000:

(Übersetzung)

«Article 3, paragraphe 3

La Principauté d'Andorre déclare en vertu de ce que prévoit l'article 3, paragraphe 3, qu'elle exclut l'application de la procédure établie à l'article 9.1b, lorsqu'elle est l'Etat d'exécution.

Article 3, paragraphe 4

La Principauté d'Andorre déclare, en application de ce que dispose l'article 4, paragraphe 4, que par le terme «ressortis-

„Artikel 3 Absatz 3

Das Fürstentum Andorra erklärt nach Artikel 3 Absatz 3, dass es die Anwendung des in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b vorgesehenen Verfahrens ausschließt, wenn es der Vollstreckungsstaat ist.

Artikel 3 Absatz 4

Das Fürstentum Andorra erklärt nach Artikel 3 Absatz 4, dass es unter dem Begriff „Staatsangehöriger“ jede Person

sant», elle entend toute personne de nationalité andorrane au moment de la commission des faits conformément à ce que prévoit la Loi qualificada [Loi qui requiert une majorité renforcée pour son approbation] sur la nationalité andorrane.

Article 5, paragraphe 3

La Principauté d'Andorre déclare, en conformité avec l'article 5, paragraphe 3, que les demandes de transfèrement seront adressées et reçues par le Ministère des Relations Extérieures.

Article 17, paragraphe 3

La Principauté d'Andorre déclare, en conformité avec l'article 17, paragraphe 3, que les demandes de transfèrement et les documents de support seront accompagnés d'une traduction en catalan, en espagnol ou en français.»

versteht, die zum Zeitpunkt der Mitteilung des Sachverhalts die andorranische Staatsangehörigkeit nach dem lei qualificada [Gesetz, zu dessen Annahme eine verstärkte Mehrheit erforderlich ist] über die andorranische Staatsangehörigkeit besitzt.

Artikel 5 Absatz 3

Das Fürstentum Andorra erklärt nach Artikel 5 Absatz 3, dass Ersuchen um Überstellung vom Ministerium für Auswärtige Beziehungen gestellt und entgegengenommen werden.

Artikel 17 Absatz 3

Das Fürstentum Andorra erklärt nach Artikel 17 Absatz 3, dass ihm Ersuchen um Überstellung und die Unterlagen mit einer Übersetzung in die katalanische, spanische oder französische Sprache zu übermitteln sind.“

Aserbaidschan bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 25. Januar 2001:

(Übersetzung)

„Reservation

The Republic of Azerbaijan hereby declares that the application of the procedures provided in Article 4, paragraph 5, of the Convention will be realised where it is compatible with the national law.

Declarations

In accordance with Article 3, paragraph 3, of the Convention, the Republic of Azerbaijan declares that it totally excludes the procedures provided in Article 9, paragraph 1, subparagraph b, of the Convention.

For the purposes of this Convention, the Republic of Azerbaijan declares that the term "national" means in relation to the Republic of Azerbaijan, the persons mentioned in the Article 52 of the Constitution of the Republic of Azerbaijan.

The Republic of Azerbaijan declares that it will use the Ministry of Justice and the diplomatic channels for the communications relating to the application of this Convention.

In accordance with Article 12, of the Convention, the Republic of Azerbaijan declares that decisions regarding the pardons and amnesties of sentenced persons transferred by the Republic of Azerbaijan should be agreed with the relevant competent authorities of the Republic of Azerbaijan.

In accordance with Article 16, paragraph 7, of the Convention, the Republic of Azerbaijan requires to be notified of all transit passages of sentenced persons through its territory.

In accordance with Article 17, paragraph 3, of the Convention, the Republic of Azerbaijan declares that requests for transfers and supporting documents should be transferred in French or English, and should be accompanied by a translation in Azerbaijani.”

„Vorbehalt

Die Republik Aserbaidschan erklärt hiermit, dass die in Artikel 4 Absatz 5 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren angewendet werden, wenn es mit dem innerstaatlichen Recht vereinbar ist.

Erklärungen

Nach Artikel 3 Absatz 3 des Übereinkommens erklärt die Republik Aserbaidschan, dass sie die Anwendung der in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren vollkommen ausschließt.

Für die Zwecke des Übereinkommens erklärt die Republik Aserbaidschan, dass der Begriff "Staatsangehöriger" in Bezug auf die Republik Aserbaidschan die in Artikel 52 der Verfassung der Republik Aserbaidschan genannten Personen bezeichnet.

Die Republik Aserbaidschan erklärt, dass Mitteilungen im Zusammenhang mit der Anwendung des Übereinkommens durch das Justizministerium sowie auf diplomatischem Weg übermittelt werden.

Nach Artikel 12 des Übereinkommens erklärt die Republik Aserbaidschan, dass Entscheidungen hinsichtlich der Begnadigung oder Amnestie verurteilter Personen, die von der Republik Aserbaidschan überstellt wurden, mit den zuständigen Behörden der Republik Aserbaidschan abgestimmt werden sollen.

Nach Artikel 16 Absatz 7 des Übereinkommens verlangt die Republik Aserbaidschan, dass ihr jede Durchbeförderung verurteilter Personen durch ihr Hoheitsgebiet notifiziert wird.

Nach Artikel 17 Absatz 3 des Übereinkommens erklärt die Republik Aserbaidschan, dass ihr die Ersuchen um Überstellung und die Unterlagen in französischer oder englischer Sprache sowie mit einer Übersetzung in die aserbaidshische Sprache zu übermitteln sind.“

Panama am 18. Februar 2000:

(Übersetzung)

«Conformément à l'article 5, paragraphe 3, de la Convention, la République de Panamá désigne le Ministère des Affaires étrangères de la République de Panamá comme l'autorité chargée de recevoir les demandes de transfèrement, ainsi que de donner les réponses et veiller à l'exécution des fonctions stipulées dans la Convention.»

„Nach Artikel 5 Absatz 3 des Übereinkommens benennt die Republik Panama das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Panama als die Behörde, die beauftragt ist, Ersuchen um Überstellung entgegenzunehmen und zu beantworten sowie für die Erfüllung der in dem Übereinkommen vorgesehenen Aufgaben Sorge zu tragen.“

III.

Rücknahme von Vorbehalten und Erklärungen

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär des Europarats die Rücknahme von Vorbehalten oder Erklärungen notifiziert:

Frankreich am 22. Dezember 1999 mit Wirkung vom gleichen Tage die Rücknahme seines Vorbehalts zu Artikel 23 (vgl. die Bekanntmachung vom 19. Dezember 1991, BGBl. 1992 II S. 98).

Schweden am 24. November 2000 mit Wirkung vom gleichen Tage die Rücknahme seiner Erklärung nach Artikel 5 Abs. 3 (vgl. die Bekanntmachung vom 19. Dezember 1991, BGBl. 1992 II S. 98).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 21. September 1999 (BGBl. II S. 964) und vom 20. April 2000 (BGBl. II S. 785).

Berlin, den 29. Mai 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über das Außerkrafttreten
der deutsch-italienischen Vereinbarung über die Erstattung von Aufwendungen
für Leistungen der Arbeitslosenversicherung und
über das Außerkrafttreten der Verordnung vom 2. Dezember 1993**

Vom 13. Juni 2001

Nach Artikel 2 Abs. 3 der Verordnung vom 2. Dezember 1993 zu der Vereinbarung vom 3. November 1993 zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge der Italienischen Republik über die Erstattung von Aufwendungen für Leistungen der Arbeitslosenversicherung (BGBl. 1993 II S. 2202) wird hiermit bekannt gemacht, dass die Vereinbarung nach ihrem Artikel 11 rückwirkend mit Ablauf des

31. Dezember 2000

außer Kraft getreten ist.

Am selben Tag ist nach ihrem Artikel 2 Abs. 3 die vorgenannte Verordnung vom 2. Dezember 1993 außer Kraft getreten.

Berlin, den 13. Juni 2001

Bundesministerium
für Arbeit und Sozialordnung
Im Auftrag
Dr. Bokeloh

**Bekanntmachung
des deutsch-mazedonischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 15. Juni 2001

Das in Skopje am 10. Januar 2001 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung über Finanzielle Zusammenarbeit (Zusagejahr 1999) ist nach seinem Artikel 5

am 10. Januar 2001

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 15. Juni 2001

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Prof. Dr. Michael Bohnet

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung über Finanzielle Zusammenarbeit (Zusagejahr 1999)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die mazedonische Regierung –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vertragsparteien,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur Entwicklung der mazedonischen Wirtschaft und der sozialen Lage in diesem Land beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Agreed Minutes vom 6. April 2000 –
sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der mazedonischen Regierung oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von insgesamt 16 000 000,- DM (in Worten: sechzehn Millionen Deutsche Mark) für das Vorhaben „Soziale Infrastruktur“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt und bestätigt worden ist, dass es als Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur, als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe, als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Weg eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Kann bei dem bezeichneten Vorhaben diese Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der mazedonischen Regierung, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der mazedonischen Regierung zu einem späteren Zeitpunkt ermög-

licht, (weitere) Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern des Finanzierungsbeitrags zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2007.

(2) Die mazedonische Regierung, soweit sie nicht selbst Empfänger des Finanzierungsbeitrags ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die mazedonische Regierung belastet die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit keinerlei Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge auf mazedonischem Gebiet erhoben werden.

Artikel 4

Die mazedonische Regierung überlässt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Skopje am 10. Januar 2001 in zwei Urschriften,
jede in deutscher und mazedonischer Sprache, wobei jeder
Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Burkart

Für die mazedonische Regierung
Nikola Gruevski

Bekanntmachung
des deutsch-polnischen Abkommens über die Durchführung
von gemeinsamen Umweltschutzpilotprojekten in der Republik Polen
mit dem Ziel der Reduzierung von grenzüberschreitenden Umweltbelastungen

Vom 19. Juni 2001

Das in Frankfurt/Oder am 18. Juni 2001 unterzeichnete Abkommen zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Umwelt der Republik Polen über die Durchführung von gemeinsamen Umweltschutzpilotprojekten in der Republik Polen mit dem Ziel der Reduzierung von grenzüberschreitenden Umweltbelastungen ist nach seinem Artikel 5

am 18. Juni 2001

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 19. Juni 2001

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Im Auftrag
Hoffmann

Abkommen
zwischen dem Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland
und dem Minister für Umwelt der Republik Polen
über die Durchführung von gemeinsamen Umweltschutzpilotprojekten
in der Republik Polen
mit dem Ziel der Reduzierung
von grenzüberschreitenden Umweltbelastungen

Das Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
der Bundesrepublik Deutschland

und

der Minister für Umwelt
der Republik Polen –

im Rahmen der Zusammenarbeit im Klima der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen,

im Bestreben, die freundschaftlichen Beziehungen durch weitere Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu festigen und zu vertiefen,

angesichts des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vom 19. Mai 1992 über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern und des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen vom 7. April 1994 über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes,

in Anerkennung der gemeinsamen Verantwortung für den Umweltschutz und die natürlichen Lebensbedingungen in Europa,

mit dem Ziel, zur Verminderung der Umweltbelastungen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Polen beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Dieses Abkommen regelt die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Umwelt der Republik Polen bei der Realisierung gemeinsamer Umweltschutzpilotprojekte auf dem Gebiet der Republik Polen zur Reduzierung von grenzüberschreitenden Umweltbelastungen. Es ist vorgesehen, dass „Szprotawa – Spółka Wodno-

Ściekowa z o.o.“, Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością (Szprotawa – Wasser- und Abwassergesellschaft mbH) mit Sitz in Szprotawa das Projekt „Rekonstruktion der kommunalen Abwasserentsorgung Szprotawa“, sowie Miejskie Przedsiębiorstwo Komunikacyjne we Wrocławiu Sp. z o.o. (Städtisches Verkehrsunternehmen in Breslau GmbH) mit Sitz in Breslau das Projekt „Modernisierung von zwei Straßenbahnlinien in der Stadt Wrocław (Breslau) zur Reduzierung von Luftschadstoff- und Lärmemissionen“ durchführen. Hierzu werden die genannten polnischen Unternehmen (im Folgenden Fördernehmer genannt) die einzelnen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Pilotprojekte jeweils mit der Deutschen Ausgleichsbank abstimmen. Die Pilotprojekte erhalten Modellcharakter, und bei ihrer Realisierung werden die besten Techniken und Technologien eingesetzt.

Artikel 2

(1) Zur Unterstützung der gemeinsamen Pilotprojekte wird das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland über die Deutsche Ausgleichsbank und die Deutsche Ausgleichsbank selbst den Fördernehmern Zuschüsse zur Umsetzung der in Artikel 1 genannten Projekte bis zur Höhe von 15 421 000 € (in Worten: fünfzehn Millionen vierhunderteinundzwanzigtausend Euro) gewähren. Darüber hinaus stellt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland die Finanzierung für die in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführenden Fortbildungsprogramme zur Umsetzung der Pilotprojekte bis zur Höhe von 350 000 € (in Worten: dreihundertfünfzigtausend Euro) sicher.

(2) Ferner wird die Deutsche Ausgleichsbank zur Finanzierung der in Artikel 1 genannten Pilotprojekte zweckgebundene Darlehen bis zu einer Gesamthöhe von 31 564 590 € (in Worten: einunddreißig Millionen fünfhundertvierundsechzigtausendfünfhundertneunzig Euro) zur Verfügung stellen.

(3) Zur Festlegung der Höhe und der Bedingungen für die zweckgebundenen Darlehen und Zuschüsse schließen die Deutsche Ausgleichsbank und die Fördernehmer Förderverträge, die vor dem Inkrafttreten der Zustimmung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland bedürfen.

Artikel 3

(1) Lieferungen und Leistungen zur Realisierung der in Artikel 1 genannten Projekte, die im Wertumfang der nach Artikel 2 Absatz 1 bereitzustellenden Zuschüsse finanziert werden, werden entsprechend der Gesetzgebung der Republik Polen von Zöllen, Steuern und Gebühren, die den Steuern gleichgestellt sind, befreit.

(2) Lieferungen und Leistungen zur Realisierung der in Artikel 1 genannten Projekte werden im internationalen Wettbewerb ohne Inlandsbevorzugung vergeben.

Artikel 4

Die Prüfungsrechte des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Ausgleichsbank sowie des Bundesrechnungshofes der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Verwendung der Mittel nach Artikel 2 bei den Fördernehmern werden in den Förderverträgen nach Artikel 2 Absatz 3 vereinbart.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Frankfurt/Oder am 18. Juni 2001 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in polnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen verbindlich sind.

Für das Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
der Bundesrepublik Deutschland

Gila Altmann

Für den Minister für Umwelt
der Republik Polen
Radziejowski

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Revision 2 des Übereinkommens
über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften
für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile,
die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können,
und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von
Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden**

Vom 22. Juni 2001

Die Revision 2 des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden (BGBl. 1997 II S. 998), ist nach Artikel 7 Abs. 3 des Übereinkommens für

Südafrika am 17. Juni 2001
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. April 2001 (BGBl. II S. 528).

Berlin, den 22. Juni 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
sowie des Zusatzprotokolls hierzu**

Vom 22. Juni 2001

I.

Das Europäische Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1964 II S. 1369, 1386) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am	3. Juli 2000
nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Vorbehalte und Erklärungen		
Georgien	am	11. Januar 2000
nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Vorbehalte und Erklärungen		
Russische Föderation	am	9. März 2000
nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Vorbehalte und Erklärungen		
Zypern	am	24. Mai 2000
nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Vorbehalte und Erklärungen.		

II.

Das Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 zu dem Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1990 II S. 124) ist nach seinem Artikel 5 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am	3. Juli 2000
Luxemburg	am	31. Dezember 2000
nach Maßgabe der unter IV. abgedruckten Vorbehalte und Erklärungen		
Russische Föderation	am	9. März 2000
Zypern	am	24. Mai 2000.

III.

Vorbehalte und Erklärungen zum Übereinkommen

Albanien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 4. April 2000 folgende Vorbehalte und Erklärungen zu dem Übereinkommen notifiziert:

(Übersetzung)

“The execution of letters rogatory for search or seizure of property shall be dependant on the conditions stipulated in Article 5, paragraph 1, letters “a” and “c”.

„Die Erledigung von Rechtshilfeersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme von Gegenständen wird den in Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a und c genannten Bedingungen unterworfen.

In accordance with Article 15, paragraph 6, Albania declares that a copy of all requests for assistance which are communicated directly between judicial authorities, as well as of accompanying acts, shall be transmitted at the same time to its Ministry of Justice.

Nach Artikel 15 Absatz 6 erklärt Albanien, dass eine Abschrift aller Rechtshilfeersuchen, die Gegenstand des unmittelbaren Verkehrs zwischen den Justizbehörden sind, sowie der begleitenden Unterlagen gleichzeitig seinem Justizministerium zu übermitteln ist.

In accordance with Article 16, paragraph 2, Albania declares that requests and annexed documents shall be accompanied by an official translation into one of the official languages of the Council of Europe,

Nach Artikel 16 Absatz 2 erklärt Albanien, dass die Ersuchen und die beigefügten Schriftstücke mit einer amtlichen Übersetzung in eine der offiziellen Sprachen des Europarats zu übermitteln sind, sofern

unless agreements concluded on the basis of reciprocity provide otherwise.

nicht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geschlossene Abkommen etwas anderes festlegen.

The Ministry of Justice is deemed as the judicial authority within the meaning of Article 24 of the Convention."

Das Justizministerium wird als Justizbehörde im Sinne des Artikels 24 des Übereinkommens betrachtet."

Georgien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 13. Oktober 1999 folgende Vorbehalte und Erklärungen zu dem Übereinkommen notifiziert:

(Übersetzung)

"The Minister of Foreign Affairs of Georgia makes the following declarations:

„Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten von Georgien gibt die folgenden Erklärungen ab:

Article 2

Artikel 2

Legal assistance may be refused:

Die Rechtshilfe kann verweigert werden:

- (a) if criminal proceedings have been instituted in Georgia for the offence in respect of which assistance is requested;
- (b) if the offence in respect of which assistance is requested has already been tried by a court of law and the judgment has entered into force.

- a) wenn aufgrund der strafbaren Handlung, derentwegen um Rechtshilfe ersucht wird, in Georgien ein Strafverfahren eingeleitet worden ist;
- b) wenn die strafbare Handlung, derentwegen um Rechtshilfe ersucht wird, bereits von einem Gericht verhandelt wurde und das Urteil rechtskräftig ist.

Article 5

Artikel 5

Georgia reserves the right to make the execution of letters rogatory for search or seizure of property dependent on the conditions given in sub-paragraphs "a", "b" and "c" of Article 5, paragraph 1.

Georgien behält sich das Recht vor, die Erledigung von Rechtshilfeersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme von Gegenständen den in Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a, b und c genannten Bedingungen zu unterwerfen.

Article 15 (6)

Artikel 15 Absatz 6

As provided in Article 15, paragraph 6, copies of the letters rogatory shall be transmitted to the Ministry of Justice of Georgia.

Wie in Artikel 15 Absatz 6 vorgesehen, sind Abschriften von Rechtshilfeersuchen dem Justizministerium Georgiens zu übermitteln.

Article 16 (2)

Artikel 16 Absatz 2

Request for a legal assistance and annexed documents shall be provided in English or Russian language.

Rechtshilfeersuchen und die beigefügten Schriftstücke sind in englischer oder russischer Sprache zu stellen.

Article 24

Artikel 24

For the purposes of the present Convention, Georgia considers as "judicial authorities":

Für die Zwecke des Übereinkommens betrachtet Georgien folgende Stellen als Justizbehörden:

- the Constitutional Court
- the courts of the common jurisdiction
- the General Prosecutor's Office."

- das Verfassungsgericht;
- die ordentlichen Gerichte;
- das Büro des Generalstaatsanwalts."

Die Russische Föderation hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 10. Dezember 1999 folgende Vorbehalte und Erklärungen zu dem Übereinkommen notifiziert:

(Übersetzung)

Reservations

Vorbehalte

"1) In accordance with Article 23, paragraph 1 of the Convention the Russian Federation declares that in addition to the grounds provided for in Article 2 of the Convention assistance may be refused in one of the following cases:

„1. Nach Artikel 23 Absatz 1 des Übereinkommens erklärt die Russische Föderation, dass die Rechtshilfe nicht nur aus den in Artikel 2 des Übereinkommens vorgesehenen Gründen, sondern auch dann verweigert werden kann,

- a) if the person who is suspected or accused of an offence in the requesting State stands trial, or was convicted or acquitted in connection with this offence in the Russian Federation or in a third State, or in whose respect in the Russian Federation or in a third State a court decision has been passed not to commence a case or terminate the proceedings, in respect of which the request for assistance has been made;
- b) if the criminal proceedings or the enforcement of a sentence are impossible due to the expiration of period of limitation in accordance with the law of the Russian Federation.
- 2) In accordance with Article 3 of the Convention the Russian Federation reserves the right to refuse to execute letters rogatory for procuring evidence, if the persons concerned used their right, granted to them by the law of the Russian Federation, not to give any evidence at all or in the relevant case.
- 3) In accordance with Article 5 of the Convention the Russian Federation reserves the right to make the execution of letters rogatory for search or seizure of property dependent only on the conditions, provided for in subparagraphs "a", "b", "c", paragraph 1 of the said article of the Convention.
- 4) In accordance with Article 7 of the Convention the Russian Federation declares that letters rogatory for service of summons should be transmitted not less than 50 days before the date set for appearance.
- 5) In accordance with Article 11 of the Convention the Russian Federation declares that in their request for temporary transfer of the person in custody for interrogation as a witness or for the purpose of confrontation, the competent authorities of the requesting State should provide the following information:
- a) full name of the person and, if possible, the place of his/her custody;
- b) summary of the offence, time and place of its commitment;
- c) circumstances to be clarified during interrogation or confrontation;
- d) period during which the presence of this person in the requesting State is required.
- a) wenn die Person, die im ersuchenden Staat einer strafbaren Handlung verdächtigt oder beschuldigt wird, im Zusammenhang mit dieser strafbaren Handlung in der Russischen Föderation oder in einem Drittstaat vor Gericht steht oder verurteilt oder freigesprochen wurde oder wenn in Bezug auf diese Person in der Russischen Föderation oder in einem Drittstaat eine Gerichtsentscheidung ergangen ist, ein Verfahren, dessentwegen um Rechtshilfe ersucht wurde, nicht einzuleiten beziehungsweise einzustellen;
- b) wenn das Strafverfahren oder die Strafvollstreckung wegen Ablaufs der nach den Rechtsvorschriften der Russischen Föderation vorgesehenen Verjährungsfrist unmöglich ist.
2. Nach Artikel 3 des Übereinkommens behält sich die Russische Föderation das Recht vor, die Erledigung von Rechtshilfeersuchen um Vornahme von Untersuchungshandlungen zu verweigern, wenn sich die betreffenden Personen auf das ihnen nach den Rechtsvorschriften der Russischen Föderation zustehende Recht berufen haben, überhaupt keine oder in dem betreffenden Fall keine Aussage zu machen.
3. Nach Artikel 5 des Übereinkommens behält sich die Russische Föderation das Recht vor, die Erledigung von Rechtshilfeersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme von Gegenständen nur den Bedingungen zu unterwerfen, die in Absatz 1 Buchstaben a, b und c des genannten Artikels des Übereinkommens vorgesehen sind.
4. Nach Artikel 7 des Übereinkommens erklärt die Russische Föderation, dass Rechtshilfeersuchen um Zustellung von Vorladungen nicht weniger als 50 Tage vor dem für das Erscheinen festgesetzten Zeitpunkt zu übermitteln sind.
5. Nach Artikel 11 des Übereinkommens erklärt die Russische Föderation, dass die zuständigen Behörden des ersuchenden Staates in ihrem Ersuchen um zeitweilige Überstellung des Häftlings zur Zeugenvernehmung oder zur Gegenüberstellung die folgenden Angaben zu machen haben:
- a) vollständiger Name der Person und – wenn möglich – Haftort;
- b) kurze Darstellung der strafbaren Handlung, Zeitpunkt und Ort ihrer Begehung;
- c) bei der Vernehmung oder Gegenüberstellung zu klärende Umstände;
- d) notwendige Aufenthaltsdauer der Person im ersuchenden Staat.

- 6) In accordance with Article 11, paragraph 2 of the Convention the Russian Federation declares that request for transit of a person in custody shall be addressed to the Prosecutor-General's Office of the Russian Federation.
- 7) In accordance with Article 15, paragraph 6 of the Convention the Russian Federation declares that while rendering assistance in accordance with Articles 3, 4 and 5 of the Convention the designated authorities of the Contracting Parties communicate with:
- the Supreme Court of the Russian Federation – in matters of judicial activity of the Supreme Court of the Russian Federation, and the Ministry of Justice of the Russian Federation – in matters, related to the activities of other courts;
 - the Ministry of Internal Affairs of the Russian Federation – in respect of letters rogatory, which do not require the sanction of a judge or a prosecutor and relate to conducting an inquiry and preliminary investigation into cases within the competence of bodies of the Ministry of Internal Affairs of the Russian Federation;
 - the Federal Security Service of the Russian Federation – in respect of letters rogatory, which do not require the sanction of a judge or a prosecutor and relate to conducting an inquiry and preliminary investigation into cases within the competence of the bodies of the Federal Security Service;
 - the Federal Tax Police Service of the Russian Federation – in respect of letters rogatory, which do not require the sanction of a judge or a prosecutor and relate to conducting an inquiry and preliminary investigation into cases within the competence of the bodies of the Federal Tax Police;
 - the Prosecutor-General's Office of the Russian Federation – in all other cases of inquiry and preliminary investigation.

In case of urgency, requests may be addressed directly by the judicial authorities of the requesting State to the judicial authorities of the Russian Federation as stipulated in the reservation to Article 24 of the Convention. A copy of letters rogatory shall be transmitted at the same time to the appropriate central competent authority.

Requests, provided for in Article 13, paragraph 2 of the Convention shall

6. Die Russische Föderation erklärt, dass ein Ersuchen um Durchbeförderung eines Häftlings nach Artikel 11 Absatz 2 des Übereinkommens an das Büro des Generalstaatsanwalts der Russischen Föderation zu richten ist.

7. Nach Artikel 15 Absatz 6 des Übereinkommens erklärt die Russische Föderation, dass die von den Vertragsparteien bezeichneten Behörden in Bezug auf die Leistung von Rechtshilfe nach den Artikeln 3, 4 und 5 des Übereinkommens mit den folgenden Stellen in Verbindung zu treten haben:

- mit dem Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation in Angelegenheiten, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, und mit dem Justizministerium der Russischen Föderation in Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich anderer Gerichte fallen;
- mit dem Innenministerium der Russischen Föderation bei Rechtshilfeersuchen, die nicht der Zustimmung eines Richters oder eines Staatsanwalts bedürfen und die mit der Durchführung von Ermittlungen und vorausgehenden Erhebungen in Fällen in Zusammenhang stehen, die in den Zuständigkeitsbereich der Stellen des Innenministeriums der Russischen Föderation fallen;
- mit dem Föderalen Sicherheitsdienst der Russischen Föderation bei Rechtshilfeersuchen, die nicht der Zustimmung eines Richters oder eines Staatsanwalts bedürfen und die mit der Durchführung von Ermittlungen und vorausgehenden Erhebungen in Fällen in Zusammenhang stehen, die in den Zuständigkeitsbereich der Stellen des Föderalen Sicherheitsdienstes fallen;
- mit dem Föderalen Dienst der Steuerpolizei der Russischen Föderation bei Rechtshilfeersuchen, die nicht der Zustimmung eines Richters oder eines Staatsanwalts bedürfen und die mit der Durchführung von Ermittlungen und vorausgehenden Erhebungen in Fällen in Zusammenhang stehen, die in den Zuständigkeitsbereich der Stellen des Föderalen Dienstes der Steuerpolizei fallen;
- mit dem Büro des Generalstaatsanwalts der Russischen Föderation bei allen sonstigen Ermittlungen und vorausgehenden Erhebungen.

In dringenden Fällen können Ersuchen von den Justizbehörden des ersuchenden Staates unmittelbar den Justizbehörden der Russischen Föderation, wie im Vorbehalt zu Artikel 24 des Übereinkommens festgelegt, übermittelt werden. Eine Abschrift des Rechtshilfeersuchens ist gleichzeitig der zuständigen zentralen Behörde zu übermitteln.

Ersuchen nach Artikel 13 Absatz 2 des Übereinkommens sind dem Justiz-

be addressed to the Ministry of Justice of the Russian Federation or the Prosecutor-General's Office of the Russian Federation.

The Supreme Court of the Russian Federation and the Prosecutor-General's Office of the Russian Federation shall, if the authority which issues letters rogatory for legal assistance so requests, consider the possibility of applying procedural laws of the requesting foreign state when executing letters rogatory, if it is consistent with the law of the Russian Federation.

- 8) The Russian Federation declares that requests for assistance and annexed documents, addressed to the Russian Federation in accordance with Article 16, paragraph 2 of the Convention should be accompanied by a translation into the Russian language.
- 9) The Russian Federation declares that in accordance with Article 22 of the Convention the Russian Federation shall inform other Contracting Parties of measures, subsequent to the conviction of their nationals on a reciprocal basis and only in respect of information, recognized as official in accordance with the law of the Russian Federation.
- 10) The Russian Federation declares that for the purposes of this Convention set forth in Article 24 of the Convention courts and bodies of the prosecutor's office shall be deemed judicial authorities of the Russian Federation."

Declarations

- „1) The Russian Federation proceeds from the understanding that the provisions of Article 2 of the Convention shall be applied in such a manner as to ensure inevitability of responsibility for the crimes coming within the Convention.
- 2) The Russian Federation proceeds from the understanding that the law of the Russian Federation does not contain a concept of "political offence". In all cases in deciding whether to render assistance, the Russian Federation shall not consider as "political offences" or "offences related to political offences" in the following acts:
 - a) crimes against humanity provided for in Articles II and III of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (1948), Articles II and III of the Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid (1973), and Articles 1 and 4 of the Convention against Torture and

ministerium der Russischen Föderation oder dem Büro des Generalstaatsanwalts der Russischen Föderation zu übermitteln.

Der Oberste Gerichtshof der Russischen Föderation und das Büro des Generalstaatsanwalts der Russischen Föderation prüfen auf Verlangen der die Rechtshilfeersuchen stellenden Behörde die Möglichkeit der Anwendung des Verfahrensrechts des ersuchenden fremden Staates bei der Erledigung der Rechtshilfeersuchen, wenn dies mit den Rechtsvorschriften der Russischen Föderation vereinbar ist.

8. Die Russische Föderation erklärt, dass Rechtshilfeersuchen und beigefügte Schriftstücke, die der Russischen Föderation übermittelt werden, nach Artikel 16 Absatz 2 des Übereinkommens mit einer Übersetzung in die russische Sprache zu versehen sind.
9. Die Russische Föderation erklärt, dass sie nach Artikel 22 des Übereinkommens andere Vertragsparteien von Maßnahmen nach der Verurteilung von deren Staatsangehörigen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit benachrichtigt; dies geschieht nur in Bezug auf Nachrichten, die nach den Rechtsvorschriften der Russischen Föderation als amtlich anerkannt sind.
10. Die Russische Föderation erklärt, dass sie die Gerichte und Stellen des Büros des Staatsanwalts als Justizbehörden der Russischen Föderation im Sinne des Artikels 24 des Übereinkommens betrachtet."

Erklärungen

- „1. Die Russische Föderation erklärt, dass Artikel 2 des Übereinkommens so anzuwenden ist, dass die Unabwendbarkeit der Verantwortung für die unter das Übereinkommen fallenden strafbaren Handlungen sichergestellt ist.
2. Die Russische Föderation erklärt, dass in den Rechtsvorschriften der Russischen Föderation der Begriff der „politischen strafbaren Handlung“ nicht vorgesehen ist. Bei allen Entscheidungen darüber, ob Rechtshilfe geleistet wird, betrachtet die Russische Föderation die folgenden Handlungen nicht als „politische strafbare Handlungen“ oder „mit politischen strafbaren Handlungen zusammenhängende strafbare Handlungen“:
 - a) Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach den Artikeln II und III der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (1948), den Artikeln II und III des Übereinkommens über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (1973) und den Artikeln 1 und 4 des Überein-

- Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (1948);
- b) crimes provided for in Article 50 of the Geneva Convention for the Amelioration of the Condition of the Wounded and Sick in Armed Forces in the Field (1949), Article 51 of the Geneva Convention for the Amelioration of the Condition of the Wounded, Sick and Shipwrecked Members of Armed Forces at Sea (1949), Article 130 of the Geneva Convention relative to the Treatment of Prisoners of War (1949), Article 147 of the Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War (1949), Article 85 of Protocol I Additional to the Geneva Conventions of 12 August 1949 and Relating to the Protection of Victims of International Armed Conflicts (1977), Articles 1 and 4 of Protocol II Additional to the Geneva Conventions of 12 August 1949 and Relating to the Protection of Victims of Non-International Armed Conflicts (1977);
- c) offences provided for in the Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft (1970), the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation (1971), the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts of Violence at Airports Serving International Civil Aviation, supplementary to the above-mentioned Convention of 1971;
- d) crimes provided for in the Convention on the Prevention and Punishment of Crimes against Internationally Protected Persons, including Diplomatic Agents (1973);
- e) crimes provided for in the International Convention against the Taking of Hostages (1979);
- f) offences provided for in the Convention on the Physical Protection of Nuclear Materials (1980);
- g) offences provided for in the United Nations Convention Against Illicit Traffic in Narcotic Drugs and Psychotropic Substances (1988);
- h) other comparable crimes provided for in multilateral international agreements to which the Russian Federation is a party.”
- kommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (1948¹⁾);
- b) Verbrechen nach Artikel 50 des Genfer Abkommens zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde (1949), Artikel 51 des Genfer Abkommens zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See (1949), Artikel 130 des Genfer Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen (1949), Artikel 147 des Genfer Abkommens zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten (1949), Artikel 85 des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I, 1977) und den Artikeln 1 und 4 des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll II, 1977);
- c) strafbare Handlungen nach dem Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (1970), dem Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt (1971) und dem Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, in Ergänzung des Übereinkommens von 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt;
- d) Straftaten nach dem Übereinkommen über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten (1973);
- e) Straftaten nach dem Internationalen Übereinkommen gegen Geiselnahme (1979);
- f) Straftaten nach dem Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial (1980²);
- g) Straftaten nach dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (1988);
- h) sonstige vergleichbare Straftaten, die in mehrseitigen völkerrechtlichen Übereinkünften behandelt werden, deren Vertragspartei die Russische Föderation ist.“

1) Anmerkung d. Übers.: Datum des Übereinkommens lt. BGBl. 1990 II S. 246 ff.: 10. 12. 1984.

2) Anmerkung d. Übers.: Datum des Übereinkommens lt. BGBl. 1990 II S. 326 ff.: 26. 10. 1979.

Die Slowakei hat dem Generalsekretär des Europarats am 4. Mai 2000 folgende Erklärungen zu dem Übereinkommen notifiziert:

(Übersetzung)

„Article 15, paragraph 6

Letters rogatory referred to in Articles 3, 4 and 5 shall be addressed to the Ministry of Justice of the Slovak Republic if the proceedings in the requesting country have reached the trial stage. In all other cases they shall be addressed to the General Prosecutor's Office of the Slovak Republic.

Applications referred to in Article 11 shall be addressed to the Ministry of Justice of the Slovak Republic.

Requests referred to in Article 13, paragraph 1, and information under Article 21, paragraph 1, shall be addressed to the General Prosecutor's Office of the Slovak Republic.

Article 16, paragraph 2

The Slovak Republic invites the other Contracting Parties to present their requests and supporting documents which are not drawn in either Slovak or one of the official languages of the Council of Europe together with a translation into one of these languages.

Article 24

For the purposes of this Convention, the following are deemed to be judicial authorities in the Slovak Republic: the Ministry of Justice of the Slovak Republic, the General Prosecutor's Office of the Slovak Republic, all courts and prosecutor's offices irrespective of their denomination.”

„Artikel 15 Absatz 6

Die in den Artikeln 3, 4 und 5 erwähnten Rechtshilfeersuchen sind dem Justizministerium der Slowakischen Republik zu übermitteln, wenn das Verfahren im ersuchenden Staat das Verhandlungsstadium erreicht hat. In allen anderen Fällen sind sie der Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik zu übermitteln.

Die in Artikel 11 erwähnten Verlangen sind dem Justizministerium der Slowakischen Republik zu übermitteln.

Die in Artikel 13 Absatz 1 erwähnten Ersuchen sowie Anzeigen nach Artikel 21 Absatz 1 sind der Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik zu übermitteln.

Artikel 16 Absatz 2

Die Slowakische Republik fordert die anderen Vertragsparteien auf, ihre Ersuchen und beigefügten Schriftstücke, die weder in slowakischer Sprache noch in einer der offiziellen Sprachen des Europarats abgefasst sind, zusammen mit einer Übersetzung in einer dieser Sprachen vorzulegen.

Artikel 24

Als Justizbehörden im Sinne des Übereinkommens werden in der Slowakischen Republik die folgenden betrachtet: das Justizministerium der Slowakischen Republik, die Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik sowie alle Gerichte und Staatsanwaltschaften, gleichviel wie sie bezeichnet werden.“

Die Ukraine hat dem Generalsekretär des Europarats am 1. Februar 2000 folgende Erklärung zu dem Übereinkommen notifiziert:

(Übersetzung)

«Le Ministère de la justice d'Ukraine (en cas de demandes émanant d'une instance juridictionnelle) et le Bureau du Procureur Général d'Ukraine (en cas de demandes émanant d'organes chargés de l'enquête) sont les autorités auxquelles il est fait référence à l'article 15, paragraphe 1 de la Convention.»

„Die Behörden, auf die Artikel 15 Absatz 1 des Übereinkommens Bezug nimmt, sind das Justizministerium der Ukraine (bei Ersuchen seitens einer gerichtlichen Instanz) und die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine (bei Ersuchen seitens der Ermittlungsbehörden).“

Zypern hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 24. Februar 2000 folgende Vorbehalte und Erklärungen zu dem Übereinkommen notifiziert:

(Übersetzung)

Reservations

„Article 2

The Government of the Republic of Cyprus reserves the right to refuse assistance if the person who is the subject of a request for assistance has been convicted in the Republic of Cyprus of an offence which arises from the same conduct as that giving rise to proceedings in the requesting State in respect of that person.

Vorbehalte

„Artikel 2

Die Regierung der Republik Zypern behält sich das Recht vor, die Rechtshilfe zu verweigern, wenn die Person, auf die sich das Rechtshilfeersuchen bezieht, in der Republik Zypern wegen einer strafbaren Handlung verurteilt worden ist, die aus demselben Verhalten resultierte, das den Anlass zur Strafverfolgung dieser Person im ersuchenden Staat darstellt.

Article 5

The Government of the Republic of Cyprus reserves the right to make the execution of letters rogatory for search and seizure of property dependent on the conditions stated in Article 5, paragraph 1 a) and c).

Article 11

For the purpose of Article 11, paragraph 1, the Government of the Republic of Cyprus reserves the right to refuse transfer of a person in custody in all the cases enumerated in sub-paragraph 2 of paragraph 1 of this Article.

For the purpose of Article 11, paragraph 2, the Government of the Republic of Cyprus reserves the right to refuse to grant transit to its own nationals."

Declarations

"Article 7

For the purpose of Article 7, paragraph 3, the Government of the Republic of Cyprus requests that the summons to be served on an accused person who is in its territory be transmitted to its authorities at least 40 days before the date set for appearance.

Article 15, paragraph 6

All requests for assistance sent to the Republic of Cyprus under this Convention must be addressed to the Ministry of Justice and Public Order. In cases of urgency requests may be transmitted through Interpol.

Article 16, paragraph 2

Requests and annexed documents not drawn up in English or Greek should be accompanied by a translation into one of these languages.

Article 24

For the purposes of the Convention, the Government of the Republic of Cyprus deems the following to be "judicial authorities":

- all courts of the Republic exercising criminal jurisdiction;
- all attorneys of the Law Office of the Republic (Office of the Attorney General);
- the Ministry of Justice and Public Order;
- the authorities or persons empowered by national law to investigate into criminal cases including the Police, the Department of Customs and Excise and the Department of Inland Revenue."

Artikel 5

Die Regierung der Republik Zypern behält sich das Recht vor, die Erledigung von Rechtshilfeersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme von Gegenständen den in Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a und c genannten Bedingungen zu unterwerfen.

Artikel 11

Für die Zwecke des Artikels 11 Absatz 1 behält sich die Regierung der Republik Zypern das Recht vor, die Überstellung eines Häftlings in allen in Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 2 aufgezählten Fällen abzulehnen.

Für die Zwecke des Artikels 11 Absatz 2 behält sich die Republik Zypern das Recht vor, die Bewilligung der Durchbeförderung ihrer eigenen Staatsangehörigen abzulehnen."

Erklärungen

„Artikel 7

Für die Zwecke des Artikels 7 Absatz 3 verlangt die Regierung der Republik Zypern, dass die Vorladung für einen Beschuldigten, der sich in ihrem Hoheitsgebiet befindet, ihren Behörden mindestens 40 Tage vor dem für das Erscheinen festgesetzten Zeitpunkt übermittelt wird.

Artikel 15 Absatz 6

Alle nach diesem Übereinkommen an die Republik Zypern gerichteten Rechtshilfeersuchen müssen an das Ministerium für Justiz und Öffentliche Ordnung gerichtet werden. In dringenden Fällen können Ersuchen über Interpol übermittelt werden.

Artikel 16 Absatz 2

Die Ersuchen und die beigelegten Schriftstücke, die nicht in englischer oder griechischer Sprache verfasst sind, sollen mit einer Übersetzung in einer dieser Sprachen übermittelt werden.

Artikel 24

Die Regierung der Republik Zypern betrachtet die folgenden Behörden als „Justizbehörden“ im Sinne des Übereinkommens:

- alle Gerichte der Republik mit Zuständigkeit für Strafsachen;
- alle Staatsanwälte des „Law Office“ der Republik (Büro des Generalstaatsanwalts);
- das Ministerium für Justiz und Öffentliche Ordnung;
- die Behörden oder Personen, die durch das innerstaatliche Recht befugt sind, in Strafsachen zu ermitteln, darunter die Polizei, die Behörde für Zollwesen und Verbrauchssteuern und die Steuerbehörde."

IV.

Vorbehalte und Erklärungen zum Zusatzprotokoll

Luxemburg hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 2. Oktober 2000 folgende Vorbehalte und Erklärungen zu dem Zusatzprotokoll notifiziert:

(Übersetzung)

Réerves

- «1. Conformément aux dispositions de l'article 8, paragraphe 2, alinéa a, le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg se réserve le droit de n'accepter le Titre I de ce Protocole que dans la mesure où l'infraction pénale fiscale constitue une escroquerie en matière d'impôts aux termes de l'alinéa 5 du paragraphe 396 de la Loi générale des impôts, ou de l'article 29, alinéa 1er, de la Loi du 28 janvier 1948 tendant à assurer la juste et exacte perception des droits d'enregistrement et de succession.
2. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg se réserve en outre le droit de n'accepter le Titre I qu'à la condition expresse que les résultats des investigations faites à Luxembourg et les renseignements contenus dans les documents ou dossiers transmis soient utilisés exclusivement pour instruire et juger les infractions pénales à raison desquelles l'entraide est fournie.»

Déclarations

- «1. En ce qui concerne l'article 8, le Grand-Duché de Luxembourg considère que la Convention telle qu'étendue par le présent Protocole n'implique pas l'obligation d'accorder l'entraide judiciaire s'il est prévisible que les moyens à mettre en œuvre ne sont pas aptes à réaliser l'objectif visé à la demande d'entraide ou s'ils vont au-delà de ce qui est nécessaire pour l'atteindre ou si l'exécution est susceptible de porter atteinte à des intérêts luxembourgeois essentiels.
2. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg déclare que les commissions rogatoires aux fins de perquisition ou de saisie reçues en application du présent Protocole et conformes à la réserve 1 ci-avant, ne sont pas soumises à la condition contenue à l'article 5 de la Convention européenne d'Extradition du 13 décembre 1957.»

Vorbehalte

- „1. Nach Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe a behält sich das Großherzogtum Luxemburg das Recht vor, Kapitel I des Protokolls nur insoweit anzunehmen, als die fiskalische strafbare Handlung einen Steuerbetrug im Sinne von Paragraph 396 Absatz 5 Abgabenordnung oder von Artikel 29 Absatz 1 des Gesetzes vom 28. Januar 1948 zur Sicherstellung der angemessenen und genauen Erhebung von Eintragungsgebühren und Erbschaftssteuer darstellt.
2. Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg behält sich außerdem das Recht vor, Kapitel I ausdrücklich nur unter der Bedingung anzunehmen, dass die Ergebnisse der in Luxemburg durchgeführten Ermittlungen und die in den Unterlagen oder Akten enthaltenen Daten ausschließlich für die Voruntersuchung und das Urteilsverfahren in Bezug auf die strafbaren Handlungen verwendet werden, derentwegen Rechtshilfe geleistet wird.“

Erklärungen

- „1. In Bezug auf Artikel 8 ist das Großherzogtum Luxemburg der Ansicht, dass das durch das Protokoll erweiterte Übereinkommen nicht die Verpflichtung zur Gewährung von Rechtshilfe beinhaltet, wenn vorauszusehen ist, dass die einzusetzenden Mittel nicht geeignet sind, den Zweck des Rechtshilfeersuchens zu erfüllen, wenn sie über das dafür Notwendige hinausgehen oder wenn die Erledigung wesentliche luxemburgische Interessen beeinträchtigen könnte.
2. Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg erklärt, dass Rechtshilfeersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme, die in Anwendung des Protokolls entgegengenommen werden und mit dem Vorbehalt 1 in Einklang stehen, nicht der in Artikel 5 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 enthaltenen Bedingung unterworfen sind.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 16. Februar 1993 (BGBl. II S. 239), 18. Juni 1998 (BGBl. II S. 1664) und 9. Februar 2000 (BGBl. II S. 555).

Berlin, den 22. Juni 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2001 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 10,40 DM (8,40 DM zuzüglich 2,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 11,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Basler Übereinkommens
über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung
gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung**

Vom 22. Juni 2001

Das Basler Übereinkommen vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (BGBl. 1994 II S. 2703) ist nach seinem Artikel 25 Abs. 2 für

Bosnien und Herzegowina	am	14. Juni 2001
Kambodscha	am	31. Mai 2001

in Kraft getreten; es wird in Kraft treten für

Aserbaidshan	am	30. August 2001
Guyana	am	3. Juli 2001.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 19. Februar 2001 (BGBl. II S. 311).

Berlin, den 22. Juni 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

Bundesgesetzblatt · Teil II

Zeitliche Übersicht

Erstes Halbjahr 2001

Tag	Inhalt	Seite	Mikrofiche Nr.
2000			
22. 11. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen	11	II/1
28. 11. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung	12	II/1
28. 11. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Straßenverkehr	13	II/1
28. 11. 2000	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-tschechischen Abkommens über den Luftverkehr	13	II/1
28. 11. 2000	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-armenischen Abkommens über den Luftverkehr	14	II/1
28. 11. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Adoption von Kindern	14	II/1
6. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die wechselseitige Geheimbehandlung verteidigungswichtiger Erfindungen, die den Gegenstand von Patentanmeldungen bilden	15	II/1
6. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des NATO-Übereinkommens über die Weitergabe technischer Informationen zu Verteidigungszwecken	15	II/1
6. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens betreffend Auskünfte über ausländisches Recht	16	II/1
6. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr	34	II/1
6. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen	35	II/1
6. 12. 2000	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 14. Juni 1994 zwischen den Europäischen Gemeinschaften sowie ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits sowie des Protokolls vom 10. April 1997 zu diesem Abkommen	37	II/1
6. 12. 2000	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 24. Juni 1994 zur Gründung einer Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Russischen Föderation andererseits sowie des Protokolls vom 21. Mai 1997 zu diesem Abkommen	38	II/1
6. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof	40	II/1
6. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen von 1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht sowie zu dem Ersten und dem Zweiten Protokoll über die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof	52	II/1

Tag	Inhalt	Seite	Mikrofiche Nr.
6. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Notenwechsels vom 29. April 1998 über die Rechtsstellung der dänischen, griechischen, italienischen, luxemburgischen, norwegischen, portugiesischen, spanischen und türkischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland	52	II/1
6. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung	221	II/3
7. 12. 2000	Bekanntmachung des deutsch-armenischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	53	II/1
7. 12. 2000	Bekanntmachung des deutsch-ägyptischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	55	II/1
14. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Allgemeinen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates sowie des Zusatzprotokolls zu diesem Abkommen	57	II/1
14. 12. 2000	Bekanntmachung von Berichtigungen des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See und des Protokolls von 1978 zu diesem Übereinkommen (SOLAS)	58	II/1
14. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen	59	II/1
14. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation	60	II/1
14. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über die vorübergehende Einfuhr von Berufsausrüstung	60	II/1
14. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen	61	II/1
14. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika	62	II/1
18. 12. 2000	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls zur Änderung des deutsch-amerikanischen Abkommens vom 3. Dezember 1980 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern	62	II/1
20. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zum Schutz archäologischen Kulturguts	63	II/1
20. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten	63	II/1
20. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten	81	II/2
20. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Verminderung der Staatenlosigkeit	82	II/2
20. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1992 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden	83	II/2
21. 12. 2000	Bekanntmachung der Neufassung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern	65	II/1
22. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über den Austausch von Reagenzien zur Blutgruppenbestimmung	77	II/1
22. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die vorübergehende zollfreie Einfuhr von medizinischem, chirurgischem und Laboratoriumsmaterial zur leihweisen Verwendung für Diagnose- und Behandlungszwecke in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens	77	II/1
22. 12. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1992 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden	84	II/2
22. 12. 2000	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-nicaraguanischen Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	160	II/2
27. 12. 2000	Gesetz zu dem Abkommen vom 21. Mai 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Amtshilfe bei der Beitreibung von Steueransprüchen und der Bekanntgabe von Schriftstücken	2	II/1

Tag	Inhalt	Seite	Mikrofiche Nr.
27. 12. 2000	Bekanntmachung zum Europäischen Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland	78	II/1
27. 12. 2000	Bekanntmachung zum Europäischen Übereinkommen über die Erlangung von Auskünften und Beweisen in Verwaltungssachen im Ausland	79	II/1
2001			
2. 1. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-mazedonischen Abkommens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	160	II/2
2. 1. 2001	Bekanntmachung des deutsch-bolivianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	161	II/2
3. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	163	II/2
3. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung	165	II/2
3. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge	188	II/2
4. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens	165	II/2
4. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	166	II/2
4. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Weltgesundheitsorganisation ..	166	II/2
4. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die obligatorische Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge	167	II/2
5. 1. 2001	Bekanntmachung des deutsch-mauretanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	167	II/2
5. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Immunitäten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	169	II/2
5. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation	170	II/2
5. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Gründung der „Eurofima“ Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriale	170	II/2
9. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung	171	II/2
9. 1. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-mongolischen Abkommens über den Fluglinienverkehr	171	II/2
10. 1. 2001	Vierte Verordnung über die Inkraftsetzung von Änderungen internationaler Vorschriften über den Umweltschutz im Seeverkehr (Vierte Inkraftsetzungsverordnung Umweltschutz-See)	18	II/1
10. 1. 2001	Bekanntmachung des deutsch-niederländischen Vertrags über die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande und über das Außerkrafttreten des früheren Abkommens	172	II/2
10. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Gründung einer europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten („EUMETSAT“)	174	II/2
10. 1. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Änderungen des Übereinkommens zur Gründung einer europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten („EUMETSAT“)	174	II/2
12. 1. 2001	Bekanntmachung des deutsch-indonesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	309	II/4
16. 1. 2001	Bekanntmachung der Ersten und Zweiten Änderung der deutsch-französisch-niederländisch-britischen Vereinbarung über den gemeinsamen Bau und den gemeinsamen Betrieb des Europäischen Transschall-Windkanals	85	II/2
16. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe	188	II/2
19. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen	189	II/2
19. 1. 2001	Bekanntmachung zu Artikel 19 Abs. 1 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zum NATO-Truppenstatut	189	II/2

Tag	Inhalt	Seite	Mikrofiche Nr.
19. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung	222	II/3
22. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut)	194	II/2
22. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Chemiewaffenübereinkommens	194	II/2
22. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr	195	II/2
23. 1. 2001	Gesetz zu dem Abkommen vom 10. März 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Südafrika über die Seeschifffahrt GESTA: XJ012	42	II/1
23. 1. 2001	Bekanntmachung des deutsch-australischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit ..	196	II/2
24. 1. 2001	Bekanntmachung des Rahmenübereinkommens über Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung und der Tätigkeit der Europäischen Rüstungsindustrie	91	II/2
24. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich 1. des Vorläufigen Europäischen Abkommens über Soziale Sicherheit unter Ausschluss der Systeme für den Fall des Alters, der Invaldität und zugunsten der Hinterbliebenen sowie des Zusatzprotokolls hierzu und 2. des Vorläufigen Europäischen Abkommens über die Systeme der Sozialen Sicherheit für den Fall des Alters, der Invaldität und zugunsten der Hinterbliebenen sowie des Zusatzprotokolls hierzu	198	II/2
24. 1. 2001	Bekanntmachung des Übereinkommens über die Festlegung globaler technischer Regelungen für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können	250	II/3
25. 1. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-mexikanischen Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	175	II/2
25. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen	176	II/2
25. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen	224	II/3
25. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial	225	II/3
26. 1. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung des Königreichs Dänemark und der Regierung der Republik Polen über das Multinationale Korps Nordost	226	II/3
30. 1. 2001	Bekanntmachung des deutsch-laotischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit ...	226	II/3
31. 1. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-turkmenischen Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	228	II/3
31. 1. 2001	Bekanntmachung des deutsch-slowenischen Abkommens über Erdölbevorratung	228	II/3
5. 2. 2001	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „National Emergency Services (NES) International, Inc.“ (Nr. DOCPER 10)	236	II/3
5. 2. 2001	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „SHERIKON, Inc.“ (Nr. DOCPER 11)	238	II/3
9. 2. 2001	Bekanntmachung der deutsch-südafrikanischen Vereinbarung über Erleichterungen verwaltungstechnischer Art bei der Tätigkeit von Kulturinstituten	230	II/3
12. 2. 2001	Zweite Verordnung zum Inkraftsetzen von Beschlüssen der OSPAR-Kommission nach Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (2. OSPAR-Verordnung)	138	II/2
12. 2. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls Nr. 11 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten	231	II/3
12. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des VN-Waffenübereinkommens sowie der Protokolle zu diesem Übereinkommen	240	II/3
12. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Notenwechsels vom 29. April 1998 über die Rechtsstellung der dänischen, griechischen, italienischen, luxemburgischen, norwegischen, portugiesischen, spanischen und türkischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland	243	II/3

Tag	Inhalt	Seite	Mikrofiche Nr.
12. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Diplomatschutzkonvention	244	II/3
12. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Geheimschutzübereinkommens der WEU vom 28. März 1995	245	II/3
12. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen	246	II/3
12. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen	246	II/3
12. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung	247	II/3
12. 2. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Antigua und Barbuda über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	247	II/3
12. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen	268	II/3
14. 2. 2001	Verordnung zu dem Abkommen vom 23. August 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland und der Streitkräfte der Republik Polen auf dem Gebiet des jeweils anderen Staats (Verordnung zum deutsch-polnischen Streitkräfteaufenthalts-Abkommen)	178	II/2
14. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des 1981 in Brüssel geänderten Internationalen Übereinkommens über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL) und der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren	248	II/3
14. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen	269	II/3
14. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme	269	II/3
14. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	270	II/3
14. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR)	275	II/3
14. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Charta der Vereinten Nationen	290	II/4
14. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus	291	II/4
14. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen	326	II/4
15. 2. 2001	Gesetz über die assoziierte Mitgliedschaft der Republik Polen, der Tschechischen Republik und der Republik Ungarn in der Westeuropäischen Union	130	II/2
	GESTA: XA005		
15. 2. 2001	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 6. März 1997 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über den Geheimschutz	133	II/2
	GESTA: XB002		
15. 2. 2001	Bekanntmachung des deutsch-bosnisch-herzegowinischen Abkommens über Errichtung und Tätigkeit von Kulturinstituten	276	II/3
15. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1991 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Bekämpfung von Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses	280	II/3
19. 2. 2001	Bekanntmachung zu der Änderungsvereinbarung zum Protokoll vom 1. Dezember 1981 über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Organisation für mobile Satellitenkommunikation	291	II/4
19. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1988 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden oder ihres grenzüberschreitenden Flusses	293	II/4
19. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1994 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die weitere Verringerung von Schwefelemissionen	293	II/4

Tag	Inhalt	Seite	Mikrofiche Nr.
19. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung	311	II/4
20. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	294	II/4
21. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation	298	II/4
21. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal	299	II/4
21. 2. 2001	Bekanntmachung des deutsch-bangladeschischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	311	II/4
23. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Dritten Protokolls zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarats	313	II/4
27. 2. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über den Austausch therapeutischer Substanzen menschlichen Ursprungs	301	II/4
28. 2. 2001	Bekanntmachung zu dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes	329	II/4
5. 3. 2001	Gesetz zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988 über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens (Gesetz zu dem Gemeinsamen Protokoll über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens)	202	II/3
	GESTA: XN004		
8. 3. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung und des deutsch-slowakischen Abkommens über Kriegsgräber	314	II/4
8. 3. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Protokolle Nr. 4 und Nr. 6 hierzu	331	II/4
9. 3. 2001	Achte Verordnung zur Änderung der Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (RID) (8. RID-Änderungsverordnung)	234	II/3
9. 3. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere	315	II/4
12. 3. 2001	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Choctaw Management/Services Enterprise“ (Nr. DASW01-01-C-0022)	316	II/4
13. 3. 2001	Bekanntmachung des deutsch-malischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit ...	334	II/4
14. 3. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchstoffe	335	II/4
14. 3. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	336	II/4
14. 3. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe	338	II/4
14. 3. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens	338	II/4
14. 3. 2001	Bekanntmachung des deutsch-jemenitischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit 2000	497	II/5
16. 3. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten	339	II/4
23. 3. 2001	Bekanntmachung der Vereinbarung über die European Air Group	343	II/4
26. 3. 2001	Bekanntmachung zu Beschlüssen der OSPAR-Kommission nach Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks	318	II/4
27. 3. 2001	Gesetz zu den Protokollen zu den Europa-Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits, der Republik Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, der Republik Polen, der Republik Bulgarien und Rumänien andererseits	282	II/4
	GESTA: XE014		
29. 3. 2001	Bekanntmachung des deutsch-schweizerischen Abkommens über die gegenseitige Zulassung von Ausbildungsflügen über dem jeweiligen Hoheitsgebiet	301	II/4

Tag	Inhalt	Seite	Mikrofiche Nr.
29. 3. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial	355	II/4
29. 3. 2001	Bekanntmachung des deutsch-estnischen Abkommens über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen	472	II/5
29. 3. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Europa-Mittelmeer-Abkommens vom 26. Februar 1996 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits	475	II/5
30. 3. 2001	Gesetz zu den Änderungen vom 1. Oktober 1999 der Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation	306	II/4
	GESTA: XE017		
30. 3. 2001	Bekanntmachung zur Festlegung des Gebührensatzes für das Vereinigte Königreich für den am 1. April 2001 beginnenden Erhebungszeitraum nach dem Internationalen Übereinkommen über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL)	323	II/4
3. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	476	II/5
3. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über den Zivilprozess	499	II/5
5. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten	499	II/5
5. 4. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Rahmenübereinkommens über Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung und der Tätigkeit der Europäischen Rüstungsindustrie	500	II/5
5. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle	500	II/5
5. 4. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des OCCAR-Übereinkommens	501	II/5
5. 4. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-salvadorianischen Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	502	II/5
9. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über das Carnet A.T.A. für die vorübergehende Einfuhr von Waren (A.T.A.-Übereinkommen)	525	II/5
9. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Festlegung globaler technischer Regelungen für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können	526	II/5
9. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über ein Internationales Energieprogramm	526	II/5
9. 4. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung und des deutsch-italienischen Abkommens über die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit ..	527	II/5
9. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Gründung eines Internationalen Verbandes für die Veröffentlichung der Zolltarife	569	II/5
10. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal	527	II/5
11. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Revision 2 des Übereinkommens über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden	528	II/5
11. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Chemiewaffenübereinkommens	528	II/5
11. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen	529	II/5
11. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen	529	II/5
11. 4. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Rahmenabkommens über den Handel und die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits	530	II/5
11. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wild lebenden Tierarten	531	II/5

Tag	Inhalt	Seite	Mikrofiche Nr.
11. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die vorübergehende Verwendung	531	II/5
12. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe	532	II/5
12. 4. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-südafrikanischen Abkommens über die Seeschifffahrt	569	II/5
12. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen	570	II/5
12. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa	570	II/5
12. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die biologische Vielfalt	571	II/5
17. 4. 2001	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Sterling Medical Associates, Inc.“ (Nr. DADA 10-01-D-0003) sowie über das Außerkrafttreten der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“	502	II/5
17. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen	505	II/5
17. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Haftung der Gastwirte für die von ihren Gästen eingebrachten Sachen	508	II/5
17. 4. 2001	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „National Emergency Services (NES) International, Inc.“ (Nr. DOCPER 12) sowie über das Außerkrafttreten der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an dasselbe Unternehmen (Nr. DOCPER 09)	571	II/5
17. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens gegen Doping	573	II/5
18. 4. 2001	Bekanntmachung über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über das vereinfachte Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	533	II/5
18. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, und der Änderungen von 1990, 1992 und 1997 hierzu	535	II/5
18. 4. 2001	Bekanntmachung über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	574	II/5
18. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht	576	II/5
18. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte	582	II/6
19. 4. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-kirgisischen Abkommens über den Luftverkehr und über das Außerkrafttreten des früheren Abkommens vom 11. November 1971	576	II/5
19. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR)	592	II/6
20. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten	577	II/5
20. 4. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-tschechischen Vertrags über den Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze und über den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr	578	II/5
20. 4. 2001	Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit ..	593	II/6
20. 4. 2001	Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit ..	594	II/6
25. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Zollbehandlung von Paletten, die im internationalen Verkehr verwendet werden	596	II/6
25. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen	596	II/6
25. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Vereinbarung über die Vorrechte und Befreiungen der Internationalen Atomenergie-Organisation	597	II/6

Tag	Inhalt	Seite	Mikrofiche Nr.
26. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	597	II/6
26. 4. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-estnischen Abkommens über die Seeschifffahrt	598	II/6
27. 4. 2001	Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 5. März 1996 über die an Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte teilnehmenden Personen	358	II/5
	GESTA: XC004		
27. 4. 2001	Gesetz zu den Änderungsurkunden vom 6. November 1998 zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992	365	II/5
	GESTA: XE015		
27. 4. 2001	Gesetz zu dem Zusatzabkommen vom 19. Mai 1999 zum Europipe-Abkommen vom 20. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen über den Transport von Gas durch eine neue Rohrleitung (Europipe II) vom Königreich Norwegen in die Bundesrepublik Deutschland	463	II/5
	GESTA: XE016		
27. 4. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 28. November 1994 zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits sowie des Protokolls vom 15. Mai 1997 zu diesem Abkommen	579	II/5
27. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)	598	II/6
27. 4. 2001	Berichtigung der Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen	620	II/6
3. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung	599	II/6
3. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Kulturabkommens	599	II/6
3. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	600	II/6
4. 5. 2001	Bekanntmachung des deutsch-spanischen Abkommens über filmwirtschaftliche Beziehungen und des Außerkrafttretens der bisherigen Abkommen	601	II/6
4. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über Erleichterungen für die Einfuhr von Waren, die auf Ausstellungen, Messen, Kongressen oder ähnlichen Veranstaltungen ausgestellt oder verwendet werden sollen	604	II/6
4. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht	607	II/6
9. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des architektonischen Erbes Europas	607	II/6
9. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rechte des Kindes	655	II/6
10. 5. 2001	Dritte Verordnung über die Änderung des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge	523	II/5
10. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe	608	II/6
10. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über den Schutz von Schlachttieren	608	II/6
10. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches	609	II/6
10. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Fortzahlung von Stipendien an Studierende im Ausland	609	II/6
10. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen	610	II/6
11. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zum Abkommen über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters ...	610	II/6
11. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	611	II/6

Tag	Inhalt	Seite	Mikrofiche Nr.
15. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des VN-Waffenübereinkommens sowie der Protokolle zu diesem Übereinkommen	612	II/6
15. 5. 2001	Bekanntmachung des deutsch-burkinischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	612	II/6
15. 5. 2001	Bekanntmachung des deutsch-usbekischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	614	II/6
16. 5. 2001	Gesetz zu dem Abkommen vom 15. September 1998 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Gabunischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	478	II/5
	GESTA: XE018		
16. 5. 2001	Gesetz zu dem Abkommen vom 15. Februar 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Kambodscha über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	487	II/5
	GESTA: XE019		
16. 5. 2001	Gesetz zur Änderung der Europäischen Sozialcharta	496	II/5
	GESTA: XG003		
16. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Internationale Kommission für das Zivilstandswesen	616	II/6
16. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	616	II/6
17. 5. 2001	Bekanntmachung der Vereinbarung über die Gestaltung der Durchreise ausreisepflichtiger jugoslawischer Staatsangehöriger	536	II/5
17. 5. 2001	Verordnung zu dem Sechsten Protokoll vom 5. März 1996 zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates	564	II/5
17. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1979 über weit-räumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung und des Protokolls von 1984 hierzu	617	II/6
18. 5. 2001	Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen von 1989 über Bergung	510	II/5
	GESTA: XC005		
23. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen	651	II/6
25. 5. 2001	Gesetz zu dem Vertrag vom 3. Juni 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über das Grenzkundenwerk der gemeinsamen Staatsgrenze	558	II/5
	GESTA: XA006		
28. 5. 2001	Bekanntmachung des deutsch-chinesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit 2000	617	II/6
28. 5. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über ihre gegenseitigen Seeschiffahrtsbeziehungen	651	II/6
29. 5. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme	652	II/6
1. 6. 2001	Neunte Verordnung zur Änderung der Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (RID) (9. RID-Änderungsverordnung)	606	II/6
13. 6. 2001	Gesetz zu dem Abkommen vom 28. Juli 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Aserbaidshanischen Republik über den Luftverkehr und zu dem Protokoll vom 29. Juni 1998 zur Berichtigung und Ergänzung des Abkommens vom 28. Juli 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Aserbaidshanischen Republik über den Luftverkehr	622	II/6
	GESTA: XJ013		
13. 6. 2001	Gesetz zu dem Abkommen vom 21. Mai 1999 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Moldau über den Luftverkehr ...	635	II/6
	GESTA: XJ014		
14. 6. 2001	Bekanntmachung der Protokolle über den Beitritt der Regierungen der Italienischen Republik, der Portugiesischen Republik, des Königreichs Spanien, des Königreichs Dänemark, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen sowie über das Inkrafttreten dieser Protokolle und der Protokolle über den Beitritt der Griechischen Republik und der Republik Österreich	657	II/6

Tag	Inhalt	Seite	Mikrofiche Nr.
15. 6. 2001	15. Verordnung zur Änderung der Anlagen A und B zum ADR-Übereinkommen (15. ADR-Änderungsverordnung – 15. ADRÄndV)	654	II/6
18. 6. 2001	Gesetz zur Änderung des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR-Übereinkommen) <small>GESTA: XN003</small>	646	II/6